

# Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verein, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. G. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementopreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 22. Dezember 1894.

Zurate die viergeschwerte Weltkette oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Müller, Weizenstraße 12.

## Weihnachten.

Die Weihnacht 1894 ist für das deutsche Volk ein trübes Winterfest! Die Gemüther sind verbüstert und niedergebrückt, niedergebrückt von einem Bleigewicht, das auf Alten lastet und die Schwungen läßt. Alle Bevölkerungskreise, mit Ausnahme der Mantaufl, Kaniz, Putzlammer, Bismarck und Krupp-Gesellschaft, fühlen sich unbehaglich und unzufrieden, alle sehnen sich darnach, daß der dicke Nebel sich thelle und die helle, gemüttscherternde Sonne aus der drückenden Atmosphäre befrete.

Und was ist die Ursache der allgemeinen Unzufriedenheit? Es ist das erfolgreiche Wirken, das triumphirende Siegesgeschrei der finsternen Mächte, die wieder einmal am Werke sind, ihre Feindschaft gegen Volk und Freiheit durch deren Unterdrückung zu behaupten. Es ist der Jahrtausende alte Kampf zwischen Herrschern und Beherrschten, zwischen Sonderinteressen und Gesamtinteressen, der von ersteren auf's Neue wieder verschärft wurde und weiter verschärft werden soll. Gerade diese neuesten Vorgänge lehren uns in überzeugender Weise wieder, daß es eine Versöhnung, einen Friedenschluß zwischen den beherrschenden und den beherrschten Klassen nicht gibt, nicht geben kann und daß der Gedanke daran eine dumme Utopie, eine alberne Harmonieduselet ist. Friebe auf Erben und den Menschen ein Wohlgefallen ist nur möglich, wenn das Sonderinteresse der kleinen beherrschenden Gruppe dem Gesamtinteresse des Volkes unterworfen, wenn es abgeschafft ist.

Völlig unmotiviert und unberechtigt ist von der kleinen Gruppe der Beherrschenden dem Volke der Krieg erklärt und der Kampf gegen den „Umfürz“ unternommen worden. Ach der Umsturz! Wenn man in der Weltgeschichte blättert, findet man fast auf jeder Seite Umsturz aus alter und neuer Zeit aufgezeichnet, Umsturz, der nicht vom Volke ausgegangen ist, sondern von der einen herrschenden Gruppe oder Klique gegen die andere herrschende Klique ausgeführt wurde. Das Volk hat freilich diese Umstürze stets mit seinem Blute bezahlen müssen, indem es als Figuren auf das blutige Schachbrett geführt wurde. Und wie viele unblutige Umstürze haben wir in unserem Jahrhundert schon auf wirtschaftlichem und sozialem, auf wissenschaftlichem und politischem Gebiete erlebt. Unsere ganze neuere Entwicklung ist nichts anderes als eine endlose Kette von Umstürzen aller Art, eine permanente soziale Revolution, welche in ihrer Beschränktheit aber gerade diejenigen nicht sehen und nicht verstehen wollen, die sich göttlergleich wähnen und Alles zu wissen, Alles machen zu können vermögen.

Vor vier Jahren fiel nach einer zwölfjährigen schändlichen Wirksamkeit das Sozialistengesetz, welches selbst den Fachverein und die Krankenkasse der Arbeiter nicht verschont und Deutschland um die Achtung des Auslandes gebracht hatte.

Für das arbeitende, besitzlose Volk waren die zwölf Jahre Schadgesetz eine rauhe, aber erfolgreiche politische Schule und als es fiel, hatten die Gedanken in Deutschland eine höhere politische Stufe errekommen.

Als 1890 das Sozialistengesetz fiel, waltete die 1889 begonnene wirtschaftliche Krise, die in den folgenden Jahren noch ganz bedeutsam an Schärfe zunahm und heute noch fortduert. Die permanente Arbeitslosigkeit — die industrielle Misserwerbung — hat während dieser nun schon fünf Jahre dauernden Wirtschaftskrisis an Ausdehnung wie an Festigung stark zugenommen. Die Winter der letzten Jahre zeigten uns in Deutschland und in allen andern industriellen Ländern einen wahrhaft erschreckenden allgemeinen Notstand, eine so große Masse beschäftigungsloser Arbeiter, daß sich damit nicht nur Stadt- und Gemeindevertretungen, sondern auch Parlamente und Regierungen beschäftigen mußten, als mindeste Folge dieser Verhältnisse konnte man mit Recht ernsthafte sozialpolitische Gesetzesmaßnahmen erwarten. In der That wurde diese Erwartung zum Theil erfüllt, aber freilich nur in der — Schweiz. In Deutschland geschah nichts. Man beschäftigt sich hier immer sehr viel mit der Notlage der reichbegüterten Fürsten und Grafen und des ganzen Junkerthums, auch mit der Notlage der Stumm, Krupp und Genossen, aber eine Notlage des arbeitenden Volkes ist im neuen deutschen Staate bisher überhaupt noch von keiner Regierung anerkannt worden. Die reichen Schuster- und Schneiderhilfen, die Schlosser und Spengler, die Weber und Spielwarenarbeiter können füglich der Staatshilfe entbehren, da sie stark genug zur Selbsthilfe sind. Ohne Bitterkeit gelangt man angesichts mancher Vorgänge zu der Annahme, daß das Gesagte den Gedankengang der offiziellen Sozialpolitik bildet.

Indessen ist doch in der Thronrede, mit welcher am 5. Dezember der Reichstag in seinem neuen Brachtpalaste eröffnet wurde, erklärt worden, daß der Schutz der schwächeren Klassen der Gesellschaft die vornehmste Aufgabe des Staates bildet. Das ist etwas. Es ist in der That auch etwas geschehen. Nach seiner Eröffnung ging nämlich dem Reichstage die Umsturzvorlage der Regierung zu. Beschäftigung und Brod bringt sie den Arbeitslosen allerdings nicht, aber sie bietet ihnen doch etwas für den hungrigen Mund — den Knebel! Die Slagen der Hungriigen, der Unzufriedenen, der Notleidenden sollen verstummen und sie werden verstummen, falls die Vertreter ihrer Pflicht, die Rechte und Freiheiten des von ihnen vertretenen Volkes zu schützen, untreu werden, wenn sie die von Sonderinteressen diktierten Angriffe auf das Volk gutheißen. Die Thronrede sagt merkwürdiger Weise, daß die Umsturzvorlage notwendig sei, damit die Staatsgewalt ihre Pflicht — soziale Pflicht — erfüllen könne, ohne darin von den Umstürzern gestört zu werden.

Man erinnert sich bei diesen Sätzen an das Märchen von der verlehrten Welt. Die Urheber und Förderer der sozialen Gesetzgebung und Einrichtungen sind unbestritten, ebenso unbestritten sind die Sozialdemokraten; ebenso unbestritten sind die Urheber und Förderer der Umsturzvorlage die erbittertesten Gegner jeder ernsten Sozialreform zu Gunsten der Arbeit. Und bei dieser Sachlage sollen die Sozialdemokraten geklebet werben, damit die Regierung die schwächeren Gesellschaftsklassen schützen kann! Solche hohe Staatsweisheit ist unserem einfachen Unterthanenverständniss einfach unfaßbar, sie ist ungemein und unverdaulich. Aber das sehen wir trotz aller Beschränktheit ein, daß das Gegenteil von Wahrheit höhere Staatsweisheit ist. Oogensterna!

Wenn unsere Arbeitslosen, wenn die ganze Arbeiterklasse von der Regierung, von den herrschenden Klassen soziale Hilfe erwarten, so müssen sie nun jetzt, wie bitter sie enttäuscht wurden. Statt ein Gesetz über den Behnstudentag für alle Arbeiter, statt ein Gesetz über die Arbeitslosenversicherung, statt Gesetze über die Weiterentwicklung des sozialen Rechts, der bürgerlichen und politischen Freiheit, statt ein Gesetz über Heeresverminderung und Steuerentlastung — statt aller oder auch nur eines dieser Gesetze hat die christliche Reichsregierung dem Volle ein neues Ausnahmegesetz als Bescheerung unter den christlichen Weihnachtsbaum gelegt. Nicht bei Frieden hat sie verkündigt und gebracht, sondern neuen Bruderkrieg der Starken gegen die Schwachen, der Herrschenden gegen die Beherrschten, der Sonderinteressen gegen die Volksinteressen. Nicht die Sozialdemokratie, nicht das arbeitende Volk, hat angesichts des ideal verklärten, erlösenden und befreien, friedlichen Weihnachtsfestes den Frieden gebrochen und die Kriegsfackel entzündet, sondern die herrschenden Klassen. Nicht ein Akt der Notwendigkeit, der Notwehr ist ihr Schritt, sondern ein Akt der Frivolität und der wirtschaftlichen Selbst- und Herrschaftsucht. Über gerade das Weihnachtsfest führt uns in die Entstehungsgeschichte der christlichen Lehre und Ideen, erinnert uns an deren Verfolgungen, Kämpfe und Siege, und der Vergleich faßt nur unseren Kampfesmut stärken, unsere Hoffnungstreubigkeit und Siegeszuversicht neu beleben.

Eine junge Welt steigt auf aus Nebel und Dampf, Mit Fauchzen gehen wir in den Kampf. Was morsch war, ihr haltet es nimmer! Was verfaulst war, stürzt in Trümmer. Und ich sehe ein Ziel vor mir so groß, Wer's erreicht, der gewinnt ein Götterloos!\*)

## Der Kampf gegen den unsaferen Wettbewerb.

„Die Politik der kleinen Packete“ nannten in den achtziger Jahren die Franzosen das Verfahren Ferry's, wiederholt von den Umstürzern gestört zu werden.

\* Aus „Es werde Licht!“ von L. Jakoby.

eine unbedeutende Truppenabtheilung auf den Kriegsschauplatz von Tonking zu senden. Man kann diese satyrischen Worte auch zur Charakterisirung unserer inneren Reformpolitik anwenden, die sich in allen ihren Aktionen durch einen kleinklichen Zug, durch Habsucht auszeichnet. Halbhelten sind die Leistungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und alle Unternehmungen, die in den letzten Jahren gegen die schlimmen Auswüchse des wirtschaftlichen Lebens durchgeführt werden. Ganze Arbeit liefern dagegen die Regierungsmänner und bürgerlichen Parteien in Fragen des Militarismus, der Ausdehnung der indirekten und Schaffung neuer Steuern, in der anberwältigen Begünstigung der beständigen und herrschenden Klassen und namentlich auch in der Frage des Wahlrechts für die Landtage und Gemeinden; in allen solchen Angelegenheiten sind die Bourgeois wie die Junker rabikal und consequent.

Die reinste Utopie ist unseres Grachtens der Kampf gegen den unsaferen Wettbewerb, der seine Urheber in den kleinen Handwerkern und Kaufleuten aller Art hat und von den Antisemiten insbesondere als Waffe gegen die Juden benutzt wird. Im April dieses Jahres erklärte der Minister v. Bötticher im deutschen Reichstage, daß dem Hause ein Gesetzentwurf werde vorgelegt werden, der das Gebiet des unsaferen Wettbewerbes behandelt und der darauf abgleite, auf dem ganzen Gebiete unserer Gewerbethätigkeit wieder Treu und Glauben zur Geltung zu bringen. Seitdem ist die Frage in den interessirten Kreisen eifrig besprochen worden und in Braunschweig beschäftigte sich damit ein speziell zu diesem Zwecke veranstalteter mitteldeutscher Handelskammertag.

Man möchte fast lachen, von Wiebherstellung von Treu und Glauben auf dem Gebiete des Erwerbes sprechen zu hören. Wann hat dann z. B. beim Handel je Treu und Glauben bestanden? Haben doch die Alten schon den Merkur zum gemeinsamen Gott der Handelsleute und der Diebe gemacht! Besonders interessant für diese Frage ist die bekannte Lebensgeschichte des Franzosen Fourier. Als Sohn eines Kaufmannes für den Handel bestimmt, konnte er sich mit diesem nie befrieden und zwar nach den im elterlichen Hause und auch anberwärts gemachten Erfahrungen, worüber er selbst berichtet. „Gines Tages — es sind bei läufig 116 Jahre her — verhandelte der ehrsame Lufkaufmann Fourier im Besanon mit einem Kunden, der einen Einkauf machen will; in dem Laden befindet sich auch das fünfjährige Söhnchen, und als der Kunde sich näher nach der Beschaffenheit einer Ware erkundigt, sagt das kleine enfant terrible zum Verdrüß seines Vaters dem Kunden die Wahrheit, die ihm der vorsichtige Kaufherr verschweigen wollte. Der kleine Karl wurde dafür von seinem Vater schwer geübtigt.“ (Carl Fourier von Herm. Greulich.) Neben den Handel selbst sagte Fourier: „Man muß den Handel als ein

grau gewordener Praktiker, der vom 6. Jahre ab im kommerziellen Schaffstall erzogen wurde, kennen. Er habe in diesem Alter den Unterschied zwischen dem Handel und der Wahrheit kennen gelernt. Im Katechismus und der Schule habe man ihm gelehrt, nie zu lägen, dann führte man ihn in den Laden, um ihn frühzeitig in "dem edlen Handwerk der Lüge oder der Kunst, wie man verkauft, zu üben. Betroffen über die Betrügerien und Schwundeleien, habe er Käufer, die betrogen werden sollten, bei Seite genommen und ihnen den Betrug entdeckt. Einer von diesen sei unanständig genug gewesen, ihn zu verrathen, was ihm eine Tracht Prügel einbrachte und im Tone des Vorwurfs hätte seine Eltern erklärt: Der Junge wird nie für den Handel taugen. In der That, er habe eine tiefe Abneigung gegen ihn empfunden und, sieben Jahre alt, habe er einen Eid gegen den Handel gesprochen, wie ihn ähnlich Hannibal, neun Jahre alt, gegen Rom schwur: "Ich schwör ewigen Haß dem Handel." (Bebel, Charles Fourier.)

Lebzigens weiß jeder erfahrene Mensch aus dem alltäglichen Leben, daß der Handel auf Presserei, Übervortheilung, Schwund und Betrug basirt. Darum verbirbt der Handel auch so sehr den Charakter seiner Ergebenen, wofür die Geschichte der Entdeckungen, Kolonisation, Eroberungen, Annexionen, der schrecklichsten Vernichtung der eingeborenen Völker Amerika's, Afrika's, Australiens, des Neger- und Sklavenhandels &c. tausendfache Beweise bietet.

Was die Großhantelsleute im Großen betreiben, das betreiben die kleinen Kaufleute, Händler und Grindier im Kleinen. Alle die Industrie- und Gewerbezelge, welche nicht direkt mit den Konsumenten verkehren, bei denen der Handel die Vermittlerrolle spielt, weisen schlechtere Arbeitsverhältnisse auf als jene, die ihre Produkte bei Ausschluß des Zwischenhandels direkt an die Konsumenten, an das Publikum liefern. Es gibt zahlreiche Erzeugnisse der Fabrik- und Hausindustrie, an denen der Fabrikant und der Arbeiter an Geschäftsgewinn und Arbeitslohn mit einander nicht so viel verdienen, als der Händler allein. Die gefährlichsten und schmutzigsten Schmarotzer des heutigen Wirtschaftskörpers sind die Zwischenhändler, welche das Volk in seiner Eigenschaft als Produzenten wie Konsumenten drücken und aussaugen.

Es ist nur natürlich, daß die Kaufleute unter einander nicht schöner handeln, als gegenüber dem Publikum. Der Schwund wird hier wie dort praktizirt. Es ist deshalb kaum ernst zu nehmen, wenn der mitteldeutsche Handelskammertag in Braunschweig in einer Resolution erklärte: "Treue und Glauben ist die Grundlage für Handel und Gewerbe, auf der allein sie zum eigenen und dem Wohle der Gesamtheit bestehen und sich entwickeln können." Und nun wird konstatiert, daß von Treu und Glauben nicht viel geredet werden kann. „Bei der Bearbeitung der Frage des unlauteren Wettbewerbs haben die Handelskammern zu ihrem tiefsten Bedauern erkennen müssen, daß die Klagen über Unlauterheit in Handel und Gewerbe durchaus berechtigt sind, daß um Treu und Glauben wieder zur Geltung zu bringen, es unabdingt nothwendig erscheint, energisch dagegen einzuschreiten.“

Aber mit dem Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb will man nicht allein den Handel, sondern auch Gewerbe und Industrie treffen. Auch diese beiden hervorragendsten Bestandtheile der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sind von der Krankheit des unlauteren Wettbewerbs ergriffen. Die Schmugelkonkurrenz untereinander, unrechte, betrügerische Manipulationen gegenüber dem Publikum als Abnehmer und Konsumenten führen auch

hier. In den meisten Berichten der Handelskammern, der wirthschaftlichen Vereinigungen und Verbände, der Aktiengesellschaften usw. wird über berartige Missstände geklagt. Offen kontrollirbar ist die Schmugelkonkurrenz im Submissionswesen. Wie sehr dieselbe auch in der Eisenindustrie ausgelöst wird, erzählt ein Bericht vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt, den unterm 5. Dezember 1894 die "Frankfurter Zeitung" publiziert und in dem es u. U. heißt: „Wie sehr bei den öffentlichen Submissionsen die Preise auseinandergehen, das trat besonders wieder in Köln her vor, wo Spiraferber zu M 159,20 angeboten wurden gegen ein Höchstgebot von 245 M., Nabreifen von Union u. Georg-Marienhütte zu 229 M., wogegen der Bochumer Verein M 322,70 fordert.“ In der am 1. Dezember bei der lgl. Eisenbahndirektion Berlin abgehaltenen Verding-Verhandlung auf 389 Volomotiven verlangten für Personen-Volomotiven mit Tender Eggestorff-Hannover 41,700 M., Henschel u. Sohn-Kassel dagegen M 49,100, eine Preisdifferenz von ca. 17 Prozent! Erfahrungsgemäß hat die Folgen der Preisunterbietung weitger der Geschäftsgewinn als vielmehr der Arbeitslohn zu tragen, und so erleben wir aus dieser Ursache nicht selten das merkwürdige Schauspiel, daß bei voller Beschäftigung in den Fabriken die Arbeitslöhnre reduziert und auch die übrigen Arbeitsbedingungen verschlechtert werden.

Als Hauptpunkte, die bei Besprechung und Behandlung des unlauteren Wettbewerbs in Betracht kommen, sind nach den Verhandlungen des mitteldeutschen Handelskammertages: der Berrath von Betriebsgeheimnissen, Qualitätspreis und Herkunfts-Verschleiterungen, Ausverkäufe, Scheinauktionen, Schwundelkonkurse, Wandlerlager, schwundelhafte Metallame u. dgl., Haushandel, Kolportage und Details, Quantitäts- und Gewichtsverschleiterungen, Bauschwund, Firmenwesen; auch die Konsumentvereine scheinen aus Konkurrenzgründen von gewisser Seite mit dem unlauteren Wettbewerb in Verbindung gebracht zu werden.

Dass in Handel, Gewerbe und Industrie zahlose Missstände bestehen, soll von uns am allerwenigsten bestritten werden. Dagegen sind wir überrascht von der Naivität und utopistischen Einschauung der berufenen Vertreter der heutigen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die da glauben, die ungemeinen Auswüchse eines durch und durch freien Körpers beseitigen zu können, ohne den Organismus des Körpers selbst gründlich zu ändern und umzugestalten. Die Grundlage unseres modernen Wirtschaftslebens, die freie Konkurrenz, der das manchesterliche Sprichwort: „Jeder ist seines Glückes Schied, entspricht, und die von den Erträgern und Vertheidigern des Kapitalismus nicht genug gepriesen und verherrlicht werden konnte, muß mit Naturnothwendigkeit zum unlauteren Wettbewerb führen. Der Kampf gegen diesen kann nur gesetzlich-formaler Natur sein, er kann seine Wurzel nicht treffen und muß daher absolut wirkungslos bleiben, wenn schon vielleicht einige Schwindler mehr gepackt werden können als jetzt. Wollte man den unlauteren Wettbewerb unmöglich machen, Treu und Glauben in der That zum allgemein herrschenden Prinzip machen, so müßte man eben den Kapitalismus abschaffen und an seiner Stelle den Sozialismus setzen.

Schließlich sei noch auf einen komischen Widerspruch hingewiesen. Zu derselben Zeit, da man den Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb führt, wird auch der Kampf für „Ordnung, Sitte und Religion“ gegen den „Umsturz“ geführt. Da letzterer Kampf mit der auf diesem Gebiete von den Regierungen gewohnten Ge-

schwindigkeit sich in eine Gesetzesvorlage verdichtet hat, so wird durch sie auch noch der zur bestehenden „Ordnung und Sitte“ wohl gehörige unlautere Wettbewerb mit verhindert und geschützt. Später wird dann eine andere Gesetzesvorlage erscheinen, daß dieser zur „Ordnung und Sitte“ nicht gehört, wohl aber der Boden, auf dem der unlautere Wettbewerb trotz allem, trotz aller halben oder noch bedeutungslosen Maßnahmen auch in Zukunft lustig fortwährt!

### Gewerbeskrankheiten mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.

(Schluß.)

Eine Reihe von Schädlichkeiten nimmt nun, wie wir ebenfalls gesehen, ihren Weg nicht zu den Altmitteln, sondern zu den Verbauungsorganen und führt dieselben in krankhafte Zustände. Auch hier liegt es in der Macht des Arbeiters, prophylaktisch seinen Körper zu schützen durch Maßregeln, welche das Verschlucken gefährlicher Stoffe verhüten sollen. Dazu gehört vor Allem, daß man vor jeder Mahlzeit die Hände wascht, wie man es sich überhaupt zum Gesetz machen muß, die Finger nie ungereinigt zum Munde zu führen. In der Werkstatt soll womöglich gar nicht gegessen werden; dies gilt namentlich für Arbeiter, die mit giftigen Substanzen wie Blei (Maler, Drucker, Schriftsetzer, Klempner), Chrom (Färber) oder überhaupt mit schmutzigen und stinkigen Stoffen zu thun haben. Ferner ist die gemeinsame Benutzung von Trinkgläsern, Schnapsflaschen, von Glas- und Löffelinstrumenten, sowie die Benutzung des Mundspeichels beim Zigarrenwickeln streng zu melden; die Zähne sind täglich mit Bürste und Wasser kräftig zu putzen. Wir erwähnen weiterhin als unterstützende Maßnahmen zu alle Dem: Sorgfältige Pflege der Haut durch Waschungen, häufiger Wechsel der Leibwäsche, besonders nach der Arbeit, Reinhalten der Füße, die in vielen Fällen durch Unreinlichkeit der Sitz lästiger und schmerzhafter Nebel werden.

Wirde alles Dies, was wir in Obigem kurz geschildert, befolgt werden, wir sind überzeugt, eine Quelle der mannigfachsten Störungen des körperlichen Bestandes, das mehr wie jeder andere der Industriearbeiter sorgsam zu bewachen hat, wäre verstopft. Allein, wenn trotzdem, so ist auf dem Gebiete der körperlichen Pflege und Prophylaxe ein bedauernder Verlust in allen Schichten der Bevölkerung eingerissen und macht die ehrliechsten und eifrigsten Bestrebungen scheltern. Daher ist es eine um so größere Pflicht der weiteren dabei beteiligten Kreise, der Arbeitgeber wie des Staates, ihrerseits alle Vorsichtsmaßregeln zu treffen, um die Nachtheile der Arbeit zu beseitigen oder zu verringern. „Luft und Licht“, die allen Lebewesen nothwendigsten Attribute, sie sind vor Allem von den Arbeitgebern in ausgehöhltestem Maße zu verlangen. Enge, überfüllte Fabrikräume mit schlechter Ventilation und ungünstiger Beleuchtung, sie sind die Brutstätten der tödlichsten Krankheiten, die nicht nur den Proletarier dahinmorden, sondern auch das verderbliche Gift auf Kinder und Kindes Kinder vererben. Die Hälfte seines Lebens verbringt der Arbeiter in der Fabrik, hier muß also vor Allem Sorge getragen werden, daß der schon durch die Anstrengung der Arbeit abgenutzte Organismus nicht weiteren Schaden leidet durch ungünstige Verhältnisse, die ihn bei der Arbeit umgeben.

Wir verlangen also zum Schutze der Arbeiter weite luftige Räume mit genügendem Licht, ständigen Luftwechsel durch Ventilationsapparate, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der Abfälle, denn die Staubausbildung kann sowohl verhütet, wie der entwickelte

Staub abgeführt und unschädlich gemacht werden durch geeignete Vorrichtungen und Maßnahmen. Wir erinnern daran, daß das Lungenemphysem unter den belgischen Kohlenarbeitern geringer geworden ist, seitdem man dort eine neue Bauart eingeführt hat, daß dieser zur „Ordnung und Sitte“ nicht gehört, wohl aber der Boden, auf dem der unlautere Wettbewerb trotz allem, trotz aller halben oder noch bedeutungslosen Maßnahmen auch in Zukunft lustig fortwährt!

Der Arbeitgeber hat ferner das Sorge zu tragen, daß nicht der Fabrikraum eine Stütze zur Weiterverbreitung der Tuberkulose, dieser Gefahr der Menschheit, bildet; es muß liberal da, wo Menschen berufsmäßig Staub einzunehmen geneigt sind, neben jedem Arbeitsplatz ein Maß, der etwas Wasser enthält, aufgestellt werden, der einzige und allein von den Arbeitern zum Ausspulen benutzt werden darf. Dazu muß ein jeder durch weithin sichtbare Anschläge in den Fabriken, resp. durch die beständige Kontrolle der vorgesetzten, von der Notwendigkeit hygienischer Maßnahmen überzeugten Mitarbeiter mit aller Strenge angehalten werden. So ergeben sich eine Reihe wichtiger Punkte für Arbeiter wie Arbeitgeber zur Wohlfahrt der Beschäftigten, die zusammen genommen ein gewaltig Stück Fortschritt bedeuten. Aber während auf der einen Seite Leichtsinn und Unkenntniß, Not und Armut eine Verhütung von Krankheiten so schwer machen, sind es auf der anderen Seite Gewissenlosigkeit und Gewinnsucht, die die wohlgemeintesten Bestrebungen zum Scheitern bringen. Und hier hat nun der Staat, resp. die Gesellschaft einzutreten, um einerseits das Leben und die Gesundheit der industriellen Arbeiter zu bewahren und zu schützen und andererseits eine Verbesserung der ungünstigen Lebensbedingungen des Proletariats von Grund aus anzubahnen. Die Einführung der Fabrikinspektion, die Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, die Errichtung der Kraut- und Unfallversicherung, so zweckmäßig und notwendig alle diese Maßnahmen sind, wie sinkt jedoch ihre Bedeutung und ihr Werth, wenn diesejenigen Wege nicht beschritten werden, die einzig und allein einen wesentlichen Schutz gegen Krankheiten und Krankheitsgefahr bilden. Denn nicht dort hat die Gesellschaft anzusehen, wo Krankheit und Elend, hervorgegangen aus menschenunwürdigen sozialen Verhältnissen, weite Massen der Bevölkerung bereits umgarnt haben, sondern da, wo eben diese Massen den Kampf ums Dasein und die Existenz aufzunehmen im Begriffe stehen. Für den thätigen, noch unge schwächten Körper des Proletariers hat der Staat die Verpflichtung

ung zu sorgen, auf daß er nicht in Wölde durch die wirtschaftliche Ausbeutung der Unternehmer ruinirt werde: nicht aber erst an ihn zu denken, wenn Not und Plage ihn sich und frank gemacht haben. Deshalb tritt, so sehr auch eine obligatorische Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung von Nutzen ist, dieselbe zurück hinter der gelehrten Forderung: Sorgt für den gesunden Arbeiter, daß er nicht frühzeitig den wirtschaftlichen Verhältnissen zum Opfer falle. Und in diesem Sinne ist vor Allem eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen als die nothwendigste Vorbedingung für die Schonung des Organismus. Der achtstündige Arbeitstag ist vom hygienischen Standpunkte die Grundsforderung für die Erhaltung des Körpers, der ohne genügende Ruhe und Erholung an Überstandskraft und Leistungsfähigkeit Einbuße erleidet und einem vorzeitigen Kräfteverfall unterliegt. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe, acht Stunden Erholung, diese alle Forberung organisirter und zum Bewußtsein ihrer sozialen Lage gekommener Arbeiter, findet ihre volle Anerkennung von selten der medizinischen Wissenschaft und erst vor wenigen Wochen hat der in Budapest tagende internationale Kongreß für Hygiene und Demographie eine diese Forderung voll und ganz unterstützende Resolution angenommen. Mehr wie je findet sie es in unserem Zeitalter, wo die enorm entwickelte, rastlose maschinelle Industrie, der wahnsinnige Konkurrenzkampf von Jahr zu Jahr immer neue Massen von Menschen in die Fabrikräume treibt, ganze Dörfer entvölkert und aus frischen, gesunden Körpern verkümmerete, degenerierte Wesen macht. Und könnte es anders sein? Harte, milhsame Arbeit in staubfüllten, ungesunden Räumen, mangelnde Ernährung in flüchtigen Pausen, ungünstiger Schlaf, der in Industrien mit Nacharbeit ganz fortfällt, dazu die mannigfachen Sorgen für das eigene Leben und das Leben der Familie, sie müssen den Körper des Arbeiters vernichten und ihn empfindlich machen für die Keime der verschiedensten Krankheiten. Will man also diese letzteren bekämpfen, will man einen wahren Arbeiterschutz entfalten, so sorge man dafür, daß der gesunde Organismus geschützt wird vor Erschöpfung und Degeneration, vor Zerrüttung und Siechthum. Und man kann dies bei ehrlichem Willen durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Verbot der Nacharbeit, soweit letztere nicht unumstößlich nothwendig, durch strenge Einjührung der Sonntagsruhe für sämtliche Zweige der Industrie und des Handels, durch Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Dann erst wird es einer gewerblichen Hygiene gelingen, die Sterblichkeits- und Krankheitsziffer des Proletariats herabzudrücken, und dasselbe auf ein Niveau zu bringen, auf dem die Gefahr für Gesundheit und Leben auf ein Minimum beschränkt ist. Leben und Gesundheit, die thuersten Güter der Menschheit, sie werden heute im mörderischen Kampf aller Glieder der Gesellschaft und unter dem unerhittlichen Zwang wirtschaftlicher Abhängigkeit zu werthlosen Dingen, die man in die Schanze schlagen muß, um des Daseins kargen Unterhalt zu erlangen; Laiusende und Überausende werden in diesem Kampfe vernichtet, oder siechen dahin und verschleppen das Gift schlechender Krankheiten auf künftige Geschlechter!

Hier hat die Hygiene, die Lehre von der Gesundheitspflege, die vornehmste Pflicht, Schulter an Schulter mit den Wissenschaften der Soziologie, der Ethik, für die Beseitigung dieser furchtbaren Schäden einzutreten und ihrem wahren Zwecke, Erhaltung und Förderung der menschlichen Gesundheit gerecht zu werden!

**Vom „Antrieb zur Arbeit“.**  
Eine allerdings bekannte, aber lange noch nicht genug gewürdigte Thatsache ist, daß im Interesse des herrschenden kapitalistischen Systems von selten Soldatenherren derselben die Nationalökonomie systematisch gefälscht wird. Man versucht geistiglich die niederrächtigsten Begriffsverwirrungen in die Gehirne einzuschmuggeln, um das mit den ökonomischen Thatsachen rechnende logische und konsequente Denken zu verhindern. Tagtäglich wird dieser Versuch unternommen in Zeitungen, Broschüren und rhetorischen Reden, die dazu bestimmt sind, „das Volk aufzulässt“ über die Irrthümer des Sozialismus.“ Dass diese „Aufklärungs“-Arbeit alles in Allem auf gräßlichste Lächerung und rücksichtloseste Verbumming hinausläuft, haben wir schon oft dargelegt. Heute wollen wir einmal einen Punkt herausgreifen, der mit ganz besonderer Vorliebe von unseren Gegnern „bearbeitet“ wird, weil die tiefe Dummkopfheit sehr leicht mit ihm experimentieren kann. Er gehört dem Gebiete der Zukunfts-Fasnet an, auf welchem eine „feste und unbesiegbare Position“ zu gewinnen unsere Hartbräugten Gegner thürlicherweise geglaubt haben.

Da wird die Frage aufgeworfen, ob denn im „sozialen Staat“ auch ein genügender Antrieb zur Arbeit für die einzelnen arbeitenden Gruppen vorhanden sein werde? Die kapitalistischen „Vollsaufklärer“ sind sofort mit der Antwort, einem höhnischen „Nein“, bei der Hand. Nein Wunder! Die Leutchen huldigen ja der Ausschaltung: lediglich in der Form der sogenannten „freien Konkurrenz“, mit der durch sie verdeckten Aussicht auf Vortheil, sei die Anspornung der persönlichen Thätigkeit denkbare.

Wir wissen, daß das Wesen der Konkurrenz darin besteht, daß ein jeder auf Kosten Anderer sich günstiger zu stellen, besondere Vortheile zu erringen sucht. Dieser Begriff enthält zwei Elemente, erstens: daß einer sich günstiger zu stellen sucht; zweitens: daß er dies auf Kosten Anderer thun will. Für die Anspornung der persönlichen Thätigkeit ist aber offensichtlich nur das Erstere wesentlich, während das Zweite hiermit nichts näher zu schaffen hat. Und es ist dieses Zweite, obwohl in der modernen Konkurrenz untrennbar mit dem Ersten verbunden, doch nicht schlechthin und unter allen Umständen mit demselben verknüpft.

Wie nun, wenn es gelänge, jenes erstere Element, welche die persönliche Thätigkeit anspornen, beizubehalten, das zweite aber — dieses gehässige, auf die Ausbeutung und Unterdrückung Anderer hinauslaufende — zu beseitigen? Wer möchte zu leugnen wagen, daß, wenn es möglich, diese Trennung zu vollziehen, hierdurch ein großerartiger, sittlicher, ökonomischer und sozialer Fortschritt bewirkt würde? Dies leugnen, hätte behaupten, daß die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen unvermeidbar sei. Das aber würde eine wahnslüchtige Behauptung sein.

Allerdings, im vielverufenen „sozialen Staat“, d. h. in dem von der Sozialdemokratie angestrebten Zustand der sozialistischen, für und durch die Gesellschaft betriebenen Warenausproduktion wird die „freie Konkurrenz“ der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft zu den Unmöglichkeiten gehören. Aber trotzdem wird hinreichende Veranlassung zur Arbeit vorhanden sein.

Es ist doch wohl leicht einzusehen, daß, wenn die Arbeit gesellschaftlich organisiert ist, nicht mehr in jedem Produktionszweige ein Haufe von einander unabhängiger und einander feindlicher Unternehmer nach eigenem Gutdanken darauflos produziert, sondern vielmehr auf Grund einer genauen Statistik die Produktion wie im Ganzen, so auch in jedem einzelnen Pro-

duktionszweige geregelt ist und einheitlich vor sich geht, — daß alsdann, wer für die Gesellschaft produziert, dies auch im Auftrag derselben, bedekt von ihr, thut; es ist weiter nicht schwer, wenn die Zahl der Arbeitenden und die Art des Produktionszweiges bestimmt sind, zu ermitteln, wie viel an Arbeitsmaterial z. B. einer bestimmten Gruppe zugestellt werden muß und wie viel sie durchschnittlich zu leisten, zu produzieren vermag.

Leistet eine Gruppe, was sie zu leisten hat, so erhält sie für ihre Leistung eine bestimmte Menge von Gebrauchsvermögen ausgezahlt und diese Werthe bringt die Gruppe, nach bestimmten Regeln, zur Vertheilung unter die Einzelnen.

Bleibt eine Gruppe durch Trägheit, mangelhafte Leistung oder aus anderen Gründen hinter dem Normalmaß zurück, so wird sie in ihrer Gesamtheit und somit auch jedes einzelne Mitglied derselben weniger Wertgegenstände von der Gesellschaft erlangen, d. h. sich schlechter stehen. Sie kann aber auch durch Fleiß, gute Leistung, besondere Ersparnis an den Stoffen z. B. mehr als das Normalmaß leisten; dann wird sie sich besser stehen. Allein diese Verbesserung ist nicht bedingt durch den Schaden Anderer.

Ganz anders heute, wo jeder sich nur dadurch nützen kann, daß er dem Anderen schadet. Unter der von Kapitalismus bestimmten Konkurrenz kann durch freie Entwicklung ein Arbeiter, selbst vermittelst Mehrarbeitens, seine Lage nicht bessern, ohne die Anderer zu verschlimmern, indem er diesen die Arbeitsgelegenheit und die Möglichkeit des Erwerbes verringert.

Unter den heutigen Verhältnissen erhält die Arbeiterklasse vom Ertrag ihrer Arbeit nur einen Theil in Form des Lohnes. Der Überschuß wird Unternehmergevin, womit die Kapitalistenklasse ihr Hazardspiel aufführt; von den Rückungen, die hierdurch im gesellschaftlichen Zusammenhang erzeugt werden, wird der Eine in die Höhe, der Andere hinunter geschleudert. Wir sehen, wie dieser Prozeß, in den ja noch andere Faktoren wie die Entwicklung der Technik z. B. eingreifen, eine stetige Entwertung der menschlichen Arbeitskraft mit sich bringt, wie immer mehr Arbeitskraft überflüssig wird und die Zahl der ungenügend oder gar nicht Beschäftigten wächst. So ist es gerade die heutige Produktionsweise, welche für ungezählte Tausende den Antrieb zur Arbeit — und möglicher noch so stark sein, in Hunger und äußerstem Elend sich geltend machen — gar nicht berücksichtigt.

Die Vertreter der herrschenden Interessen suchen den albernen Glauben zu erwecken, als sei der stärkste Antrieb zur Arbeit für Alle die Hoffnung, ein zinsbringendes Kapital zu erringen. Man scheut sich nicht, den armen Arbeitern zu sagen, durch Fleiß, Sparsamkeit und Energie könne es jeder von ihnen zur Wohlhabenheit bringen. Man beachte doch, welches sind heutzutage in Wirklichkeit die Motive zur Arbeit? Bei der ungeheueren Mehrzahl der Menschen die Absicht, sich die zur Errichtung der Existenz durchaus erforderlichen Mittel zu verschaffen; bei einem weit kleineren Theile die Absicht, hierüber hinaus noch etwas für die Annehmlichkeiten des Lebens zu erlangen, bei dem kleinsten Theile die Hoffnung, sich Kapital zu verschaffen.

Ausschlaggebend, weil die ungeheure Mehrzahl der Menschen, die Missionen der Besitzlosen, nur auf die Verwertung ihrer Arbeitskraft angewiesenen Lohnarbeiter umfassend, ist als Beweggrund zur Arbeit heutzutage: die Aussicht, sich durch Arbeit vor dem Verhungern zu schützen. Um wie viel wichtiger aber muß der Sporn zur Arbeit werden, je mehr sich, ganz abgesehen von dem Selbstbehaltungsstreit, die Aussicht eröffnet, durch Arbeit nicht nur des Lebens notwendigen Unterhalt, sondern auch des Lebens Annehm-

lichkeiten zu erlangen, und zwar dies, im Gegensatz zu heute, mit absoluter Sicherheit! In der von uns angestrebten gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ist Leben die Befähigung seiner Fähigkeiten und damit der entsprechende Anteil an der Gesamtproduktion gewiß.

Es ist sonach in der That unbegreiflich, wie Zemand bei ruhigem Nachdenken zu dem Resultat kommen kann, nach der Beseitigung der Kapitalherrschaft werde es am „Ansporn zur Arbeit“ fehlen. Diese Herrschaft hat das Elend der arbeitenden Massen geradezu zur Voraussetzung, während der Sozialismus von der Voraussetzung des höchsten Glückes und der vollkommenen Wohlfahrt aller geleitet wird. Nur Dummkopf oder berechnende Leidenschaft kann behaupten, daß der Sozialismus damit eine Verminderung des Antriebes zur Arbeit bewirkt. Wer möchte sich erkennen, den Beweis dafür erbringen zu wollen, es sei eine unabänderliche Einrichtung, daß den Massen des Volkes der Antrieb zur Arbeit von der Peitsche des Hungers und der Geißel des Elends kommen müsse? So ist es allerdings heute, — geradezu ein Verbrechen an der menschlichen Natur. Muß doch selbst der bürgerliche Nationalökonom J. St. Mill eingestehen: „Ich bekannte, daß ich mich nicht mit dem Ideal des Lebens befriedigen kann, das Dienstleistungen aufstellen, welche dafür halten, daß fortwährendes Gegeneinanderkämpfen der normale Zustand menschlicher Wesen sei; daß das sich Drängen, Schleben, Stoßen, was den normalen Typus des sozialen Lebens abgliet, das wünschenswerteste Zoos der menschlichen Gattung oder irgend etwas Anderes sei, als ein unerfreuliches Symptom einer Phase des industriellen Fortschritts. Es ist keine Art sozialer Vollkommenheit, daß das Leben des einen Geschlechts dem Geschlechte zugewendet ist, und die Aufgabe des anderen Geschlechts darin besteht, künftige Geldjäger aufzuziehen...“

Als der beste Zustand für die menschliche Natur erscheint ein solcher, in welchem, während keiner arm ist, Niemand reicher zu sein wünscht und dabei keinen Grund zur Besorgnis hat, daß er durch die Bestrebungen Anderer, die sich vorwärts drängen wollen, zurückgeschoben werde.

Nun, das ist ja eben der Zustand, den die Sozialdemokratie anstrebt, und der nach dem unveränderbaren Gesetz der Entwicklung kommen muß. Lebrigens begnügte Mill dem Einwande, daß durch den Wegfall des Wettkampfes um den Fleißhungrum die Thatkraft der Menschen erlahmen könnte, durch den Hinweis auf die Erziehung. Das ist in der That noch ein wichtiger Faktor, der in Betracht zu ziehen ist. So schändlich die Erziehung vernachlässigt und mißbraucht worden ist, so überaus segenbringend kann sie wirken, wenn sie von den richtigen Grundfächern geleitet wird. Ohne Zweifel, die große soziale Frage ist guten Theis in ihrem innersten Kern eine Erziehungsfrage; und die Erziehung muß ihren Theil dadurch lösen, daß sie zur Erkenntnis der menschlichen Pflichten und Rechten und damit zur richtigen Einsicht in das Wesen des Glücks leitet.

Die Erziehung wird diese Aufgabe lösen, wenn sie befreit ist vom Zwange der Nützlichkeits-Erwägungen herrschender Sonderinteressen. Und da steht die Lehre von der Arbeit als Selbst- und Nächstenpflicht obenau, die heute in einsitzig tendenziöser Weise gepredigt wird, in der Absicht, die Massen glauben zu machen, sie seien nicht nur zum Arbeiten, sondern auch zum Entbehren nach „göttlichen Gesetzen“ bestimmt. Die Erziehungslehre der Zukunft wird lernen: Durch Arbeit zu Glück und Genuss! So wird der Antrieb zur Arbeit durch die Erziehung auf dem Boden einer ganz neuen menschlichen Anschauung seine Würdigung erfahren. Das

mag dann neben der ökonomischen und sozialen die "ästhetische Erlösung" sein, die von Schiller nur ausgewählten Geistern vorbehalten worden ist.

"Grundstein".

## Der kommunale Arbeitsnachweis in Köln.

Im Anschluß an das in Nr. 49 veröffentlichte Statut des Arbeitsnachweises in Köln veröffentlich wir nachstehend die Geschäftsvorordnung derselben.

**Geschäftsvorordnung**  
für den Betrieb der Allgemeinen Ar-  
beitsnachweisanstalt zu Köln.

S 1. Der Betrieb der Arbeitsnachweisanstalt ist so zu gestalten, daß männliche und weibliche Arbeiter von einander getrennt sind.

S 2. Sämtliche Geschäfte besorgt der Verwalter, welchem noch weitere Arbeitskräfte unterstellt werden können.

S 3. Die Geschäftsstunden sind an den Wochentagen von 10—1 Uhr Vormittags und von 4—8 Uhr Nachmittags, sowie Sonntags von 11—12 Uhr.

Während derselben muß ein Bediensteter im Geschäftszimmer stets anwesend sein bezw. für sachgemäße Stellvertretung Sorge tragen.

S 4. Die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingegangenen Gesuche sind nach Berufskarten zu trennen und in fortlaufender Reihenfolge in gesonderte Bücher einzutragen, wobei besondere Rücksicht auf die Statistik über Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zu nehmen ist.

S 5. Auf Verlangen der städtischen Verwaltung sind für Zwecke der Statistik über die Bewegungen des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage in den verschiedenen Gewerben und Jahreszeiten die gewünschten fortlaufenden Mitteilungen zu machen und muß über alle auf die Arbeitsverhältnisse bezüglichen Angelegenheiten jeder Zeit Auskunft ertheilt werden.

S 6. Alle Arbeitsangebote und Arbeitsgesuche gelten als 14 Tage fortdauernd, wenn sie innerhalb dieser Zeit nicht zurückgezogen bzw. erneuert werden.

Die die Vermittelung der Arbeitsnachweisanstalt in Anspruch nehmenden Arbeitgeber sind verpflichtet, derselben sofort anzugeben, sobald die von ihnen ausgeschriebene Stelle besetzt ist.

Die Arbeitnehmer haben gleichfalls die Verpflichtung zur Anzeige, sobald sie die ihnen zugewiesene Stelle angenommen haben.

S 7. Auswärtige Arbeitgeber sind verpflichtet, die ihnen innerhalb 14 Tage zugelesenen, mit ordnungsmäßiger Anweisung verliehenen Arbeiter für die Hin- und Rückreise zu entschädigen, wenn letztere die ihnen angewiesene Stelle nicht mehr erhalten können.

S 8. Arbeitsgesuche gelten als erledigt: a) wenn die im S 6 vorgesehene Anzeige erfüllt ist, b) 14 Tage nach der Anmeldung, falls eine solche Anzeige nicht erfolgt ist.

S 9. Die Anstalt hat durch Umfrage einen lebhaften Verkehr mit den Arbeitgebern und den Vereinigungen der Arbeitnehmer zu unterhalten, um, soweit möglich, auf diesem Wege auch festzustellen, ob die Arbeitssuchenden verorgt sind, ferner ob und welche noch nicht angeworbene Arbeitsstellen offen stehen.

S 10. Den mit der Vertretung der Verbandsvereine beauftragten Persönlichkeiten ist auf Vorzeigen ihrer Ausweiskarte die umfassendste Einsichtnahme von allen Einrichtungen der Allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt zu ermöglichen.

S 11. Wünsche und Beschwerden können in das zu diesem Zwecke jeder Zeit im Geschäftszimmer aufliegende Beschwerdebuch eingetragen werden. Innerhalb 24 Stunden nach erfolgtem Eintrag ist ein Auszug hieraus dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung mitzuhelfen und, wie geschehen, im Beschwerdebuch zu vermerken.

S 12. Am Schluß des Geschäftsjahrs ist die Anstaltsrechnung abzuschließen und längstens binnen vier Wochen unter Einschluß eines statistischen Nachweises über die Gesamtergebnisse des Anstalt-Betriebes den einzelnen Vertretern der Verbandsvereine in Überdruck vorzulegen. Als Geschäftsjahr gilt die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni.

S 13. Die Anstaltsdienststellen haben die Bestimmungen dieser Geschäftsvorordnung, welche zu Lebermanns Einsicht im Geschäftszimmer steht, aufzulegen aus, strengstens zu beobachten und den Anordnungen des Vorsitzenden der Verbandsversammlung bezw. seines Stellvertreters pünktlich Folge zu geben.

der Eisengießerei Franz Hahn fern zu halten.

## Metall-Arbeiter.

**Augsburg.** In der am 8. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, zu der am ersten Weihnachtsfeiertage Nachmittags 4 Uhr stattfindenden Weihnachtsfeier wie bisher ein Theatervorstellung auszuführen. Ohne Karten hat Niemand Zutritt. Der Eintritt ist frei. Karten können bei den Ortsbeamten entgegengenommen werden. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß wir auch diesmal Geschenke zur Kinderbescherung und Versteigerung entgegennehmen, und wünschen eine rege Be teiligung, damit wir auch den Fremden eine Freude bereiten können. Da in den letzten Tagen der hiesige Magistrat eine Strafe von 2 Jahren droht, wenn eine Verloofung ohne Erlaubnis der Regierung veranstaltet wird, so wird eine Verloofung jedenfalls unterbleiben müssen. Des Ferneren wurde beschlossen, die Generalversammlung am Samstag, den 22. Dezember, im "Blauen Stock" abzuhalten. Der schwache Versammlungsbedarf, sowie die Nichtaufnahme des letzten Versammlungsberichtes (wann, und von wem soll derselbe eingesandt sein? Red.) in die "Metallarbeiter-Zeitung" wurden einer Kritik unterzogen.

**Altenburg.** Es erscheint uns nothwendig, nach längerer Pause den Raum unseres Organs wieder einmal in Anspruch zu nehmen, sonst könnten die auswärtigen Kollegen, welche früher in Altenburg für unsere Sache thätig waren, glauben, die Altener Zahlstelle sei eingeschlafen. In erster Linie soll der Zweck dieser Zeilen der sein, unsere Altener Kollegen etwas anzuregen, daß sie noch mehr wie bisher dafür arbeiten, daß die uns noch fernstehenden indifferenten Metallarbeiter unserer Organisation beitreten. Denn wenn man sich die Sache so recht bei Licht betrachtet, so bleibt immer noch viel zu wünschen übrig. Auch ist mit Bedauern zu konstatiren, daß mitunter alte organisierte Kollegen, von denen man glauben sollte, dieselben wären der Grundstein unserer Zahlstelle, manchmal an der Festigkeit derselben rütteln, d. h. die Arbeit für die Organisation in einer Weise verrichten, welche durchaus nicht geeignet ist, unsere Sache zu fördern. Auch das ist bedauerlich, daß es in letzter Zeit vorkommt, daß solche Kollegen aus dem Verband austreten, die stets für solche gehalten wurden, welche von unserer Sache überzeugt waren. Und warum traten dieselben aus? Weil ein oder mehrere Verbandsmitglieder resp. Arbeitskollegen sich während der Arbeit in der Fabrik Dies und Jenes dem Verband gegenübert zu Schulden kommen ließen. Nun, wer begreift hier den größten Fehler? Derjenige, welcher wegen irgend einer Streitigkeit dem Verband den Rücken lehrt, oder der, welcher bei Ausübung seiner Arbeit die Interessen des Verbandes nicht vollständig wahrt? Kollegen, beantwortet diese Fragen selbst! Dann erinnert Euch daran: Die Altener Zahlstelle hat eine Beschwerdekommission, und wir glauben, daß dieselbe, wenn sie in Anspruch genommen wird, in der Lage ist, so manche Streitigkeit zu schlichten, und wenn nothwendig, auch mal dem einen oder Andern den Pelz gründlich zu waschen. Im Uebrigen rufen wir den Kollegen zu: Lest Euch nicht abschrecken von Denjenigen, welche gegen unsere Sache arbeiten; sind es Verbandskollegen, so liegt gegen dieselben an geeigneter Stelle, unser Statut ist unsere Richtschnur, sich überall thätig und darf immer an die Worte: "Einigkeit macht stark." — Gleichzeitig machen wir bekannt, daß die Werkstattlohnportage von nun an in Wegfall kommt. Die Beiträge werden in den Versammlungen, sowie von den 3 gewählten Kolporteuren entgegengenommen.

**Breslau.** Bericht von der letzten kombinierten Mitglieder-Versammlung der Schlosser, Klempner und Beugschwiede. Genosse Bahn hält einen interessanten Vortrag über den "Ursprung der Schrift und Weltanschauungen", wofür ihm reicher Beifall zu Theil wurde. Bei "Verschiedenes" entspann sich eine rege Diskussion, an welcher die Genossen Bissel, Blanckensfeld, Höhne und Dahn Theil nahmen. Bissel und Blanckensfeld traten für Abhaltung einer Konferenz ein. Höhne meinte, daß wir nicht in der Lage sind, einen hindrenden Beschuß darüber zu fassen, stellte aber den Antrag, eine Konferenz stattfinden zu lassen. Darauf wurde über den Antrag, welcher auf der vorjährigen Konferenz angenommen ist: "Die Einberufung der Konferenz der Ortsverwaltung Breslau zu überlassen", verhandelt. Kollege Bissel sprach für Abhaltung derselben zum nächsten Frühjahr. Hätte die Legge auch keine großen Erfolge gehabt, so liege dies daran, daß es die erste gewesen sei, er erwartet, wenn die Vorarbeit zu der nächsten eine gründliche ist, daß etwas zu erzielen ist. Es kommt hierauf noch auf die Arbeitslosenunterstützung zu sprechen. Die Kollegen Blanckensfeld, Dahn, Wissler und Höhne sprechen theils für, theils gegen die Arbeits-

losenunterstützung. Letzterer beantragt, zu den Vorarbeiten der Konferenz eine Kommission von fünf Mann zu wählen. Nach langerer Debatte wird der Antrag angenommen. Aus der Wahl gingen hervor: Ditschel, Bissel, Hering, Blanckensfeld und Dahn. Außerdem noch einige Verbandsangelegneten erlebt und der Wunsch angesprochen wurde, die Versammlungen nicht zu der ungünstigen Zeit (Sonntags von 11 bis 2 Uhr), sondern einen Versuch damit zu machen, die selben um 4 Uhr einzuberufen, schloß der Vorsitzende um 1 Uhr 25 Min. die gut besuchte Versammlung.

**Berlin-B.** Die Versammlung vom 8. Dezember befaßte sich mit dem Antrage der Nürnberger Kollegen auf Erhöhung der Beiträge auf 30 Pf und Gewährung eines Sterbegeldes (Nr. 43 der "M.-A.-Ztg.") In der eingehenden Diskussion wendete sich Kollege Gabauer gegen Einführung weiterer Unterstützungen und gegen ein Sterbegeld, als nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehörnd. Kollege Berger ist für Abschaffung der Extrabeiträge, da die Extrabeiträge doch nicht gesondert verwaltet werden und werden können. Er ist für Herabsetzung der Heileunterstützung oder Erhöhung der Beiträge. Ein Beitrag von 30 Pf würde hier in Berlin, wo der Lokalverband nur 10 Pf verlangt, viele Mitglieder vom D. M.-B. abschrecken. Kollege Haber u. a. sind der Ansicht, daß eine Erhöhung der Beiträge auf 20 Pf schon böses Blut machen und außerdem durch den eventuellen Wegfall der Extrabeiträge für die Klasse die gewünschte Wirkung verlieren würde. Er ist für Beibehaltung der jetzigen Beiträge. Kollege Gaber ist der Ansicht, daß eine Kampforganisation auch Unterstützungsorganisation sein müsse in gegenseitiger Ergänzung. Jedes Mittel müsse herangezogen werden, um auf die Indifferenzen einzutreten. Die Mehrzahl der Redner sprechen sich jedoch, wie schon früher, gegen einen weiteren Ausbau der Unterstützungen aus, eher soll eine Beschränkung eintreten. Verschlebene eingegangene Anträge wurden zu folgenden Resolutionen kombiniert, indem über die einzelnen Punkte getrennt abgestimmt wurde. "Die Versammlung erklärt sich gegen den Antrag Nürnberg auf Erhöhung der Beiträge auf 30 Pf und Gewährung eines Sterbegeldes, empfiehlt jedoch unter Wegfall der Extrabeiträge eine Erhöhung auf 20 Pf wöchentlich. Gleichzeitig empfiehlt sie für die Erhebung der Heileunterstützung eine Parenzzeit von 1 Woche vom Tage der Abreise an gerechnet, und Herabsetzung der Heileunterstützung auf 1½ Pf pro Kilometer." Der Haßuß über die Erhöhung der Beiträge warnte gegen 1 Stimme, die Herabsetzung der Heileunterstützung auf 1½ Pf mit 2/3 Mehrheit, der übrige Theil der Resolution einstimmig angenommen.

**Berlin.** Eine Mitgliederversammlung der Filiale "Moabit" des D. M.-B. tagte am 8. Dezember bei Hämmerlehardt, Berlinerstraße 28. Kollege Hofmann referierte über "Rüben und Bedeutung der Gewerkschaften". Eine Diskussion über das Vorfragsthema fand nicht statt. Unter Verbandsangelegneten wählte die Versammlung, um nach dem bedeutenden Mitgliederzuwachs den Kassirer zu entlasten, den Kollegen Kunde zum Hilfskassirer, sowie die Kollegen Hogen und Schulz zu Bibliothekaren. Der Bevollmächtigte gab bekannt, daß außer den 6 Zahlstellen nunmehr in 50 unbefolbten Lokalen Moabits und Charlottenburgs Aufnahmehilfe möglich sei. Er hob dabei das anerkennenswerte Verhalten und die bereits geleistete Arbeit der Kollegen, die als Vertragsleute nun allwöchentlich diesen ziemlich ausgedehnten Bereich mit Material usw. versorgen, so daß schon heute diese Einrichtung erstaunlich funktioniert, besonders rühmlich hervor. Desgleichen wurde der Vorschlag, die "Metallarbeiter-Zeitung" allsonnliglich Vormittags durch Mitglieder, denen je ein Kronen von einer oder mehreren Straßen zu zutheilen wäre, austragen zu lassen, von der Versammlung freudig begrüßt. Mit diesem Modus der Zeitungsverteilung soll gleichzeitig später die Abhebung der Beiträge erfolgen. Die Vorbedingung dazu ist nun, daß alle Mitglieder es sich zur angelegneten Poststelle machen, ihre genauso Wohnung nach Straße, Nummer, Treppen usw. anzugeben. Beslossen wurde noch, den Antrag der Nürnberger Kollegen: "Erhöhung der Beiträge", gegen den entschieden Front gemacht werden müsse, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen.

**Brunnen.** Am 8. Dezember fand unsere monatliche Mitglieder-Versammlung statt. Beider war dieselbe nicht so gut besucht (es waren 25 Mann erschienen), wie sie es wegen der wichtigen Tagesordnung hätte sein sollen. Da unser Bevollmächtigter Krankheit halber, die Versammlung nicht besuchen konnte, leitete der zweite Vorsitzende dieselbe. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung (Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung) entspann sich eine recht lebhafte Debatte. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Hentschel, zum

zweiten Dirig. zum Schriftführer Bergmann gewählt. Bei der Wahl des Kassirers gab es Schwierigkeiten, da der alte Kassirer eine Wiederwahl ablehnte und es nicht möglich war, in dieser Versammlung einen neuen zu wählen. Der größte Theil der die Versammlung besuchenden Mitglieder wünschte, daß dieser Posten, welcher ja ein großer Vertrauensposten ist, nur in die Hände eines verheiratheten Genossen gelegt werde, damit nie nicht ein älterer Wechsel dieses Postens möglich wäre. Letzter waren aber in dieser Versammlung wenig Verhältnisse erschienen, und so wurde denn die Kassierwahl bis auf die nächste Versammlung vertagt. Dann wurde noch beschlossen, diesen Posten besser zu befüllen und zwar sollen 6 M. vierjährlich dafür ausgegeben werden. Der jetzige Kassirer Genosse Fischer kritisierte das Verhalten einiger durchtreibender Genossen beim Heileauszahlungen und erzählte der Versammlung, wie undankbar und rücksichtslos dieselben oft gegen ihn waren. Zu Neuwahlen wurden die Genossen Handke, Franke und Schröder gewählt. Zum Schluß wurde noch die Zeitungskosten geregelt. Mit dem Wunsche, daß die nächste Versammlung besser besucht werde, schloß der neue Vorsitzende die Versammlung. — Inzwischen ist der zum Kassirer gewählte Genosse Schröder abgetreten und an seine Stelle nahm Genosse Hillmann die Wahl an. — Dann werden noch diejenigen Mitglieder, welche im Bezahlten ihrer Beiträge recht stan sind, gebeten, ihre Schuldigkeit dem Verband gegenüber zu thun und nicht wie geschehen, daß dieselben ihre Belohnung regelmäßig bekommen, aber das Bezahlten der Beiträge von einer Versammlung zur andern hinausschieben.

**Bant b. Wilhelmshaven.** Am 5. Dezbr. hielt die hiesige Filiale ihre allgemeine Mitgliederversammlung ab. Zur Aufnahme hatten sich mehrere Kollegen gemeldet. Bei "Neuwahl der Ortsverwaltung" wurde als 1. Bevollmächtigter Bossehl, als 2. Hampel, als 1. Kassirer Dreunies, als 2. Nobily, als Revisor und Schriftführer Bosch, als weitere Revisoren Maas und Völker gewählt. Eine längere Debatte rief der Antrag hervor: "Das Auszahlen der Heileunterstützung ist dem Herbergswirth zu überlassen." Der Antrag wurde abgelehnt und Kollege Maas als Auszahler gewählt. Dann hielt Genosse Hug einen längeren Vortrag über: Arbeitslosenunterstützung. Reifer ist der Ansicht, daß in den Gewerkschaften das Unterstützungswochen mehr ausgebaut werden müsse, da es einerseits ein Agitationsmittel, andererseits eine Sicherheit für die Mitglieder, namentlich die älteren sei. Er führt zur Begründung die Buchdrucker, Hutmacher u. a. an. Jedoch müßten die Beiträge, wenn etwas in dieser Hinsicht geschaffen werden sollte, wenigstens auf 1,20 pro Woche erhöht werden. Redner meint: es sei ein Irrthum, wenn man sage: Je niedriger die Beiträge, desto vortheilhafter sei es für den Verband, gerade das Umgekehrte sei der Fall. Auch ermahnt Redner, vor allen Dingen eine Arbeitslosenstatistik einzuführen, um einen Überblick darüber zu gewinnen, wie viel Arbeiter überhaupt in der Metallindustrie brodlos sind. Den Antrag der Nürnberger Kollegen, eine Sterbekasse einzuführen, kann er nicht begreifen, da doch in jeder Stadt Gelegenheit geboten sei, einer derartigen Klasse beizutreten, und außerdem die Hamburger Metallarbeiter-Krankenkasse diese Einrichtung besäße. Redner ermahnt die Anwesenden, für den Verband recht thatkräftig zu agitieren. Einige der anwesenden Kollegen sprachen sich wohl zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung aus, jedoch sind sie der Meinung, daß der Verband mehr Gewicht auf eine wohlgefüllte Kämpfkasse zu legen habe, da der Güstrower Streit wiederum bewiesen habe, welche Macht den Arbeitern in der Provinzialstadt und Ausbeutungskraft der Unternehmer entgegenstehe. Unter "Verschlebenem" mache der Bevollmächtigte bekannt, daß der Streit in Güstrow zu Ungunsten der Arbeiter ausgefallen ist. Er ermahnt dann die Anwesenden, noch recht kräftig für die ausgesperrten Mitglieder zu sammeln. — Den teilenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich unsere Verbandsberberge bei Gastwirt Hellemann zur "Arche" in Bant befindet.

**Durlach.** In der letzten Versammlung wurde der Antrag der Nürnberger Kollegen, Erhöhung des Wochenbeitrags auf 30 Pf. abgelehnt. Die hiesigen Kollegen halten diesen Antrag für geeignet, dem Verband viele Mitglieder zu entziehen, trotzdem mehrere denselben deshalb befürworteten, weil eine gefüllte Kasse ihren Mitgliedern bedeutend größere Vortheile bleibe, als wenn immer Ebbe darin herrscht. Die Abstimmung ergab, daß mit allen gegen 5 Stimmen der Nürnberger Antrag abgelehnt wurde. Die Weinheimter Kollegen wurden als rehabilitiert betrachtet, nachdem der Hauptvorstand uns über unsere Anzapfung derselben Aufschluß gegeben. — Wir machen darauf aufmerksam, daß Kollege Anton Bock, Basler Thor 15, zum Bevollmächtigten gewählt, und alle Briefe respektive Unfragen an diesen zu richten.

## Korrespondenzen.

### Formen.

Wilhelm b. Zwischen. Wegen Lohn-  
differenzen ist der Zugang von Formern von

**Ghrenfeld.** Die hiesige Filiale des D. M.-B. hielt am 24. November ihre regelmäßige Sitzung ab. Frau Schneider referierte über die heutige sogenannte Kultur. Sie führte in ihrem sehr lehrreichen Vortrage zunächst an, was man unter Kultur verstehe, nämlich sämtliche Errungenenschaften, worüber die Menschen verfügen. Die Kultur sei nicht das Produkt von einzelnen hervorragenden Menschen, sondern dieselbe sei von der ganzen Menschheit aufgebaut worden. Anfangend in der Periode der Wildheit des Menschen führte Schneider uns die ganze Entwicklung der Kultur vor Augen. Mit der Thierfellekleidung habe der Mensch angefangen, heute trage er Wolle und Seide. Die Nadel hat sich von der Fischgräte bis zur Nähmaschine entwickelt, die Waffen des Menschen vom Speer zum Bogen und heute bis zum 8 Millimeter-Kaliber usw. Trotzdem nun die Kulturerrungenshaften großartige seien, so hat der große Theil des Volkes doch nichts oder nicht viel davon. In elenden Wohnungen, oft den Höhlen gleich, müsse ein Theil derselben hungern und frieren sein Leben zu bringen, damit ein ganz kleiner Theil im Überfluss leben kann. Die heutige herrschende Klasse suche dann der Not des Volkes durch Armenunterstützung und Wohlthäufigkeitsvereine entgegenzutreten, obwohl, wenn dem Volke sein Recht widerde, die sogenannten Wohlthaten überflüssig wären. Weiter beleuchtete Schneider den Klassstaat an zahlreichen Beispielen. Kunst und Wissenschaft seien nur den Beständigen zugänglich und würden sorgsam vor dem Volke gehütet. Trotzdem der herrschenden Klasse alles zur Verfügung stehe, habe sie abgewirthschaftet und siehe geistig und materiell vor dem Bankrott. Unsere Pflicht sei es deshalb, das Volk immer weiter aufzuzüchten und zu organisieren, damit wir desto eher zum Siege gelangen und die Kulturerrungenshaften dem ganzen Volke zu Theil würden. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Da unsere Filiale stets über schlechten Besuch der Versammlungen zu klagen hat und wir auch nicht immer einen Referenten haben können, so sollte man doch glauben, wenn ein Vortrag statfindet, wäre die Versammlung wenigstens gut besucht, welches aber auch nicht immer der Fall ist. Wir ersuchen deshalb die organisierten Kollegen, unsere Versammlungen besser zu besuchen; denn wie können wir noch Indifferente heranziehen, wenn selbst Organisierte solche Theilnahme-losigkeit zeigen. Weil wir hier in Ghrenfeld wahrlich nicht auf Rosen gebettet sind, so wäre eine stramme Organisation wohl am Platze.

**Kreisburg.** Am 8. Dezember fand eine Mitgliederversammlung der allg. Zahlstelle statt. Nach Aufnahme von zwei neuen Mitgliedern entspann sich bei "Stellungnahme zum Antrage von Nürnberg auf Erhöhung der Beiträge auf 30 ₔ" eine rege Diskussion. Die Versammlung war der Ansicht, daß die Beitragserhöhung um das Doppelte wohl zu schroff sei, und nahm deshalb den Antrag des Kollegen Hagen: "Erhöhung der Beiträge auf 20 ₔ mit Wegfall der Extramarken". — Zu die Ortsverwaltung wurde als erster Bevollmächtigter Th. Jacobi, als Kassirer G. Sturm, als Revisoren Stowold, Behrends und Willig gewählt. Bei "Verschiedenes" erstattete Kalleburg Bericht vom Gewerkschaftskartell. Die Maurer hätten sich demselben wieder angeschlossen, ferner sei die Haussordnung, welche vom Kartell ausgearbeitet wurde, jetzt in den Herbergen ausgestellt. In der letzten Sitzung sei auch ein Antrag auf Einführung eines kommunalen Arbeitsnachweises angenommen, welcher bei Gewerkschaften zur Diskussion übergeben wird. Jacobi schlug vor, diesen Punkt bis zur nächsten Versammlung zu vertagen, dann könne hierüber ein Vortrag gehalten werden, so daß die Meinungen besser zum Ausdruck kämen. Nach Verlesung eines Briefes aus Güstrow, versprach die Versammlung, die Unterlegenen in jeder Beziehung zu unterstützen.

**Frankfurt a. O.** Am 1. Dezember hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre ordentliche Generalversammlung ab, welche leider schwach besucht war, weshalb der Vortrag des Genossen Fischer bis zur nächsten Versammlung vertagt werden mußte. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Wintsch zum Bevollmächtigten, Dorsch zum Kassirer, Ritschau zum Schriftführer und Paschke, Roack und Schulz zu Revisoren gewählt. Unter "Verschiedenes" wurde vom Kollegen Dorsch der Antrag gestellt, die Zeitung vom Vertrauensmann abzuholen. Der Antrag ist abgelehnt mit der Motivierung, es beim Alten zu lassen und die Zeitung durch den Boten der "Volksstimme" weiter ins Haus bringen zu lassen. Der Antrag Kanike: eine Unterstützungsliste für ausgestoßene und nicht bezugsberechtigte Verbandskollegen zu gründen, wurde angenommen. Es wurde der Bevollmächtigte ersucht, beim Vorstand zu beantragen, daß der frühere Kassier August Blank wegen Verleugnung seiner Pflicht als Kassier, indem er die Kasse sehr geschädigt

hat, aus dem Verband ausgeschlossen werde. — Die Beschlusssitzung über die Heier des Stiftungsfestes wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. — Die Fleiseunterstützung wird bei unserem Vertrauensmann, im Zigarren Geschäft von Wilhelm Schulz, Mönchstraße 84, an Wochentagen bis 8 Uhr Abends und Sonntags bis 2 Uhr Mittags ausbezahlt.

**Gießen.** Zu der am 8. Dezember abgehaltenen Generalversammlung, welche leider sehr schwach besucht war, wurden folgende Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt: Gustav Krüger als Bevollmächtigter, Joh. Lemp als Kassirer, Lehr, Dahmen und Wagner I als Revisoren. Daß die Versammlungen so schlecht besucht sind, das ist ein trauriges Zeichen. Nicht nur die Mitglieder sollten sämmtlich in jeder Versammlung am Platze sein, sondern sie sollten ihre Kollegen, welche der Organisation noch fern stehen, dazu bewegen, derselben beizutreten und sie somit in die Versammlungen bringen. Kollegen, wacht auf aus Eurer Eilegunglichkeit und vertrete in Zukunft Eure Interessen besser als wie seither.

**Wildesheim.** Am 8. Dezember fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Bevollmächtigte las die Berichte der Filialen vor, welche schon Stellung zu dem Nürnberger Antrag auf Erhöhung des Wochenbeitrages genommen haben. Kollege Wigwinsky führte aus, daß es bei einer Erhöhung der Beiträge auf 30 ₔ sehr vielen Kollegen unumhinterbietet würde, dem Verband anzugehören, da dieselbe jetzt noch kaum so viel haben, um leben zu können. Es ist der Verdienst jetzt noch schlechter geworden, weil in mehreren Tafeln bei verschiedener Arbeitszeit gearbeitet wird. Hauptfachlich wären es die verheiratheten Kollegen, die dann austreten, weil sich die meisten sagen: Wir haben keinen direkten Nutzen vom Verband. Ebenso würde es mit dem Herausziehen der indifferennten Kollegen sein. Den meiste ist ein Beitrag von 30 ₔ pro Woche zu viel; die anderen sagen wieder: Wenn wir mehr steuern sollen, so muß uns auch die Fleiseunterstützung erhöht werden oder der Beitrag während der Wanderschaft wegfallen, denn sonst bleibt uns nichts mehr von der Unterstützung übrig. Nach einer längeren Debatte, an der sich sehr viele Kollegen beteiligten, stellte Kollege Taube den Antrag: Es soll bei der Generalversammlung vorgebracht werden, daß der Wochenbeitrag unter Wegfall sämmtlicher Extramarken auf 20 ₔ erhöht wird. Hierzu stellte Kollege Wolters den Gegenantrag: "Die Beiträge sollen unverändert bleiben". Es stimmen die meisten Kollegen für den letzteren Antrag. Im Unterschieden stellte Kollege Görland den Antrag: Am dritten Weihnachtsfeiertage ein Kränchen mit Christbaumverzierung abzuhalten, der Überbrück sollte der Frau des Kollegen Löpfer gegeben werden, da dieselbe sehr in Not gerathen ist. Die Mitglieder waren aber dagegen; einige sprachen die Befürchtung aus, daß wir sogar noch Destitut machen. Gegen eine Sammlung für Frau Löpfer ist Kollege Matschke, weil wir erst vor 14 Tagen 10 ₔ für dieselbe zusammengebracht haben. Zum Schluß theilte der Bevollmächtigte noch mit, daß er vom Polizeiinspektor einen Verweis erhalten habe, weil er es erlaubte, daß vor 4 Wochen nach Schluß der Versammlung ein Akrobat die dagebliebenen Mitglieder durch Vorträge unterhielt. Die Polizei betrachte dieses als Fortsetzung der Versammlung. (1)

**Görlitz a. B.** Am 11. Dezember hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine Mitgliederversammlung ab. Der Antrag Nürnberg, betreffend Erhöhung des Beitrags, wurde heftig debattiert. Nachdem der Antrag vorgetragen und von Lehndorfer genügend erläutert war, sprachen sich sämmtliche Kollegen gegen jede Erhöhung der Beiträge aus. Es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: "Die heute hier tagende Mitgliederversammlung des D. M.-B. erklärt sich gegen jede Erhöhung der Beiträge, da es unter der heutigen Geschäftskrise, welche in der Metallindustrie herrscht, nicht möglich ist, höhere Auflösungen an die Kollegen zu stellen." Betreffs Auszahlung eines Sterbegeldes wurde ebenfalls erläutert, daß es für den Verband, welcher eine Kampfsorganisation sein soll, überflüssig und bloss von Schaden ist, sich mit solchen Sachen zu beschäftigen, da im vorliegenden Falle von Kraut- und Sterbekassen genügend gesorgt werden kann. Dann hielt Kollege W. Lehndorfer einen lehrreichen Vortrag über das Verhalten vor dem Gewerbegericht. Er führte auch an, daß wir im nächsten Jahre auch eine Liste der Arbeitgeber aufstellen werden. Bei "Verschiedenes" wurde ein kleiner Buschus aus unserer Lokalkasse zu den Kosten unseres Lokals bewilligt, welches die hiesigen Arbeiter insgesamt gemietet haben. Die Kollegen wurden noch an ihre Pflichten ermahnt, da die Abrechnung zwischen den Geierlagen stattfindet.

**Heidelberg.** Die hiesige Zahlstelle hielt am 8. Dezember eine Mitgliederversammlung

ab. Kollege Daub erstattete den Bericht der Ortsverwaltung. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Daub, Bevollmächtigter, Götz, Kassirer, Wurst, Schriftführer. Zum Delegierten in die Zentralstation wurde J. Hoffmann gewählt. Der Antrag der Nürnberger Kollegen auf Erhöhung der Beiträge wurde zur nächsten Versammlung vertagt. — Lieber die Firme Möller u. So. wird die Spur für Dreher aufrecht erhalten, weil wieder ein Kollege ohne Grund entlassen wurde.

**Köln a. Rh.** Zu Auftrage der Mitgliederversammlung vom 1. Dezember sieht sich die untergeordnete Ortsverwaltung veranlaßt, auf den in Nr. 47 der "D. M.-B.-Btg." unter "Köln" und mit "Hofrichter" unterzeichneten Bericht folgende Erwiderung zu erlassen: In der Mitgliederversammlung vom 30. Oktober wurde der Bericht aus Nr. 48 der "D. M.-B.-Btg.", welcher von zwei Kollegen auf eigene Faust verfaßt und eingesandt war, vorgelesen und zur Diskussion gestellt; es fand sich auch nicht ein einziges Mitglied, welches etwas gegen denselben einzuwenden gehabt hätte. Daselbe geschah mit dem Gegenbericht in Nr. 47. Derselbe wurde am 1. Dezember auf die Tagesordnung gesetzt, und fand sich hierbei wieder nicht ein einziges Mitglied, welches sich für den angeblich "wahren" Sachverhalt erwärmen konnte. Wie sich auch immerhin der Zwischenfall bei Weibus herausgedildet hat, ist für uns vollständig gleich, darüber noch ein Wort zu verlieren, hat gar keinen Zweck, für uns steht fest, daß wir über den ganzen Vorgang nicht informiert waren und in Folge dessen eine abwartende Stellung eunahmen. Das wir nach der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung die Haltung auch noch eine Zeit lang eingenommen haben, hat seinen Grund hauptsächlich in den in Nr. 48 angeführten Thatsachen, welche wir sämmtlich als wahrheitsgemäß hielten, und deshalb müssen wir die in dem Bericht ber. Nr. 47 enthaltenen Unwahrheiten ganz entscheiden zurückweisen. Unwahr ist zunächst, daß in besagter Gewerkschaftsversammlung nicht ein einziges Mitglied gegen die Resolution gestimmt habe. Unwahr ist ferner, daß in dem Bericht, welcher an die "Rh. Btg." gesandt wurde, nichts als Schimpfareien über die Gewerkschaftsversammlung enthalten gewesen. Es wurden in jenem Bericht, und in der in demselben enthaltenen Resolution, die Schimpfareien, welcher man sich gegen uns bedient hatte, zurückgewiesen, wie dies auch in Nr. 48 d. Btg. geschehen ist. Dadurch, daß man uns jenen Bericht nicht aufnahm, hat man die freie Meinungsäußerung unterdrückt, was man von einem Arbeitervolksblatt wahrlich nicht erwarten sollte. Das uns die Annonce ebenfalls verweigert wurde, davon spricht der Artikelschreiber nicht, es wird dies also wahr sein. Weiter soll "unwahr" sein, daß auf der Redaktion der Versuch gemacht wurde, Frau Schneider von einem Vortrag abzuhalten. Hierzu konstatiren wir, daß Frau Schneider dies öffentlich in unserer Mitgliederversammlung erklärt hat und steht dies im Protokoll festgezeichnet. Was nun zum Schluß den Ausdruck der Artikelschreiber in Nr. 48 anlangt, daß nach den in demselben geschilderten Vorgänge noch Vieles faul sei im Staate Dänemark, so glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Kollegen allerorts diese Worte verstanden haben. Der Artikelschreiber in Nr. 47 scheint dieselben nicht verstanden oder verbrechen zu wollen. Im Übrigen ist die Angelegenheit für uns vollständig erledigt, indem wir jetzt ein anderes Verbandslokal haben. Dies sind unsere letzten Worte in dieser Sache.

**Die Ortsverwaltung:**  
Fak. Gießen, Anton Lukelbach, Adolf Mamme, Jos. Küdiger, Heinr. Kunkel.

**Güntzburg.** Da es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist, daß unsere Versammlungen sehr schlecht besucht waren, so möchte ich die Kollegen ersuchen, sich doch zahlreicher zu beteiligen und so viel wie möglich die unorganisierten Kollegen heranzuziehen. Denn wenn die organisierten Kollegen die Versammlungen vernachlässigen, was kann man dann von den Unorganisierten verlangen? Es ist jedes Kollegen Pflicht, danach zu streben, daß die unorganisierten Kollegen sich dem Verband anschließen, damit unsere hiesige Organisation kräftiger werde, wie bisher, daß fortan von den ca. 500 Metallarbeitern am Ort, mehr als nur 60-70 zu uns halten. Also, Kollegen, beherzt dies und thut in jeder Hinsicht Eure Pflicht.

**Greif.** In der am 8. Dezember abgehaltenen Versammlung der Verwaltungsstelle des D. M.-B. wurden in die hiesige Verwaltung gewählt: als Bevollmächtigter H. Bartels, Bremerstraße; als Kassirer H. Mammens, Gr. Köckbergstr.; als Revisoren: H. Westmark, F. Bader und Bruno Grahl.

**Höchstädt.** Kollege Klein Schmidt Jahresbericht, welcher von der Versammlung anerkannt wurde. Der Jahresbericht wird in der ersten Versammlung im Januar gegeben. In die neue Versammlung wurden folgende Kollegen gewählt: Albert Klein Schmidt, Fritz Steuerstr. 8, als Bevollmächtigter, Otto Telzer, Kolonnenstraße 19, Quergasse 2, Aug. Werth, Hermann Sparmann und Gottlieb Groß als Revisoren. Am zweiten Weihnachtsfeiertage findet eine gemütliche Zusammensetzung in unserem Vereinslokal, Nehner, Grunewaldstraße 110, statt, wozu die Kollegen zu zahlreicher Teilnahme aufgefordert werden. Des Ferneren werden die rückständigen Kollegen aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, anderenfalls werden dieselben in der Zeitung veröffentlicht.

**Stettin.** Am 9. Dezember fand im Lokal des Herrn Dabring die ordentliche Generalversammlung der Zahlstelle Stettin statt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Gilgemeng als Bevollmächtigter, Mah als Kassirer, Brasche, Peske und Wilhelmine als Revisoren, als Bibliothekar Grabein. Auf dem Bericht über die Fleiseauszahlung war zu entnehmen, daß verschiedene Fleisstände bestehen und wurde daher ein Antrag des Kollegen Gossow, die Fleiseauszahlung aufzuheben, angenommen. Das Herbergslokal Jahule, gr. Lastadie, bleibt den reisenden Kollegen nach wie vor empfohlen, jedoch wird die Fleiseunterstützung nur im Verkehrslokal bei Hinrich, Grünhof, Grenzstraße 22, ausbezahlt. Zur Belebung folgertage wurde Kollege Eck noch hinzugezogen.

**Hangerhausen.** Mitglieder des D. M.-B. Die in der letzten Zeit abgehaltenen Mitgliederversammlungen waren so schwach besucht, als hätte es gar keinen Zweck, Versammlungen abzuhalten. Die Kollegen denken, wenn sie ihre Beiträge entrichten, sei alles andere überflüssig. — Zu der am 29. Dezember auf halb 9 Uhr, in der "Schweizerhütte" stattfindenden Mitgliederversammlung werden die Kollegen zu pünktlichem und zahlreichem Erscheinen ersucht, da in derselben Neuwahl der Ortsverwaltung auf der Tagesordnung steht.

**Tübingen.** Am 9. Dezember hielt Kollege Hermann aus Stuttgart eine öffentliche Versammlung in Werderdingen ab, welche gut besucht war. Kauw hatte jedoch derselbe das Referat übernommen, als ein Tübinger Glasnehmermeister sich in einer so unqualifizierten Weise gegen den Referenten ausließ, daß die Versammlungen sich darüber empörten und denselben zum Verlassen des Lokals aufforderten, was ihn aber nicht im Geringsten störte. Auch ein Maschinenfabrikant von Werderdingen war anwesend, von welchem man hätte erwarten sollen, daß er, da viele seiner Arbeiter anwesend waren, ihnen mit einem guten Beispiel voran gehen würde. Doch weit gefehlt. Genosse Maier nahm das Wort zur Geschäftsordnung, derselbe bearbeitete die Ehrenbriefe mit folglichsgewandten Worten, daß die beiden Ordnungsmänner so schnell wie möglich das Lokal verließen, worauf der Referent ruhig und ungestört zur größten Zufriedenheit der Anwesenden seinen trefflichen Vortrag fortsetzte. Kollegen und Genossen, macht auf aus Eurem Schloß und schaart Euch zusammen um die Fahne der Freiheit, damit wir zu jeder Zeit gerüstet sind, dann wird der Sieg auch sicher unser sein.

**Velbert.** Am 8. Dezember hielt die hiesige Verwaltungsstelle die ordentliche Generalversammlung ab. In die Ortsverwaltung wurden Ernst Bechel als Bevollmächtigter, Gottfried Kuhlmann als Kassirer, als Revisoren Wilhelm Knauer, Emil Neuhäuser und Frau Lorenz gewählt. Unter verschiedenen wurde zur Lokalfrage geschritten. Wie viele Kollegen schon wissen, werden hier in Velbert seit einiger Zeit gegen sämtliche Organisationen von gegnerischer Seite alle nur erdenklichen Mittel angewandt, um uns zu vernichten. Es ist ihnen sehr durch verschiedene Machinationen und Versprechungen gelungen, unsere bisherigen Verbandswirthe zu bewegen, uns ihre Lokale zu kündigen. Es ist nun der Antrag gestellt und auch angenommen worden, diese beiden Lokale zu meiden. Es sind dies: Bechel, Friedrichstraße, und Ww. Kotterheldt, Neustraße. Wir bauen nun auf die Solidarität der Bevölkerter Arbeiter und machen die Verbandskollegen auf § 3 Abs. 7a des Verbandsstatuts aufmerksam. Die örtliche Verwaltung wird in diesem Falle den Paragraphen strikt zur Anwendung bringen. Ferner mögen wir bekannt, daß jeden Samstag Abends Beiträge entgezogen werden bei Leibsch, Klein-Baumberg, Kuhlmann, Werderstraße 7. Ferner können noch Beiträge entrichtet werden beim Verbandsboten Hessekamp. Alles Weitere wird noch bekannt gemacht werden.

**Weimar.** Am 15. Dezember hielt die hiesige Zahlstelle eine Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung des ersten Punktes, unter welchem sich zwei neue Mitglieder aufnahmen ließen, ergriff zu Punkt 2 Kollege

Kaerger das Wort und versagte das von der Kommission verfaßte Protokoll in Sachen Führung und Verschöner, und wurde diese Sache für erledigt erklärt. Zu Punkt 8 berichtete Kollege Weibel, daß die Gewerkschaftskommission den Abschluß gefaßt habe, eine Arbeitslosen-Statistik für sämtliche Arbeiter Weimar's festzustellen und zu diesem Zwecke Listen zur Erhebung beim Kollegen Kaerger und in der Gewerkschaftshalle aufzulegen. Ferner teilte Weibel mit, daß die Gewerkschaftskommission beschlossen hat, eine zweite Verhandlung betreffs des städtischen Arbeitsamtes einzuberufen, zu welcher auch die Gemeindevertreter eingeladen werden sollten. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Bevollmächtigter Kollege Kaerger, Kassirer Eckhardt, Revisoren Schmidt II., Weibel und Althausen, Bibliothekar Weibel, als Vertrauensmann Göbath, Münster, verschiedene Kollegen stellten Antrag, den durchsetzenden Kollegen am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag, sowie am 1. Januar ein Wettgeissen zu Werthe von 80,- zu gewähren, was einstimmig angenommen wurde. Sodann wurde noch ein Antrag angenommen, am 18. Januar ein Christbaumfest mit Versteigerung abzuhalten. Eine im Frageklasse enthaltene Frage: Wie verhalten sich die Metallarbeiter zu sozialen Sozialen? gab Stoff zu heftiger Diskussion. Im Laufe der Debatte machte Krämer verschiedenen Kollegen den Vorwurf, den von einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, sowie von der Partei beschlossenen Sozialen gebrochen zu haben. Kollege Hermann beschuldigte Krämer, er habe seit seiner Anwesenheit in Weimar gegen den Verband gearbeitet. Krämer beantwortete, eine Untersuchung anzustellen, und wenn sich die Wahrheit der Beschuldigung erzebe, ihn auszuschließen. Nachdem aber Krämer seinen Antritt aus der Sitzung Weimar erläutert hat, wurde der Antrag hinfällig. Kollegen, welches die Lokale, welche uns nicht zu Versammlungen zur Verfügung stehen.

### Schlosser u. Maschinenbauer.

Braunschweig. Am 8. Dezember fand die Generalsammlung der Section der Schlosser und Maschinenbauer statt, welche nicht sehr zahlreich besucht war. Aus dem Bericht der Ortsverwaltung ist herborzugeben, daß die Zahl der Mitglieder von 295 am Schlusse des Jahres 1893 auf 418 am Ende des 3. Quartals 1894 gestiegen ist. Versammlungen haben 23 stattgefunden mit 16 Vorträgen. Die Versammlungen waren im Laufe dieses Jahres besser besucht wie vorher. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl der Ortsverwaltung wurden gewählt: als 1. Bevollmächtigter Konr. Hamann, als 2. L. Drechholz, als 1. Kassirer G. Schreiter, als 2. Kassirer H. Bremmer, zu Revisoren Hilgendorf, Limme, Paul, zu Schriftführern Sante und Beulek, als Bibliothekare Brenner und Everling. Zum Aufzählen der Kleinsunterstützung wurde Ried, als Erzähler Sante bestimmt. Die neu gewählte Verwaltung übernahm am 1. Januar die Geschäfte. Alle Genügungen etc. sind von da ab an den Bevollmächtigten Konr. Hamann, Juliusstr. 80, III r. zu richten.

### Schläger.

Nürnberg. Die Sperrre über die Metallschlägerei von Konrad Klettstein dauert unverändert fort. Belder haben sich einige Kollegen gefunden, die den Ausgesperrten in den Rücken fielen und uns in dieser Weise bei Kampf gegen den hartnäckigen Unternehmer sehr erschweren. Dieselben sind die Herren Böttcher, Schwarz, Dregler und Bogler. Da wir jedoch uns gegenwärtig in der Zeit eines geschäftlichen Aufschwungs befinden und Herr Klettstein seine Werkstätte noch nicht vollständig besetzt hat, so beschloß eine Versammlung der Section der Metallschläger, die Sperrre fortzuführen zu lassen, um den Ausgesperrten die Möglichkeit einer Wiedereinstellung in obiger Werkstätte zu sichern. Wie uns mitgetheilt wird, zahlt Herr Klettstein den der Arbeitersache Abhängigen den alten Sohn wieder. Diese Herren kann der Sohn gezahlt werden, den Arbeitern jedoch, welche sich der Organisation angeschlossen haben und die sich erfreuen, die Sperrre über solige Werkstätte zu verhängen, nicht, sondern sie wurden wegen ihrer "Freiheit" auf das Pfaster geworfen. So verfährt das Unternehmen mit denjenigen Arbeitern, welche sich nicht als willkürliche Werkzeuge gebrauchen lassen.

### Hellenhauer.

Chemnitz. Alle Ortsverwaltungen werden hierdurch auf den Hellenhauer Stob. Rübe aus Gründberg i. Sch. aufmerksam gemacht. Derselbe versteht es ausgezeichnet, sich durch allerhand Schwund-Monopolisationen bei seinen Kollegen einzuführen und sich den Schein eines jiel- und klassenbewußten Arbeiters zu geben; er spricht viel von Referaten, Organisation, will überall in Folge seiner agitatorischen Thätigkeit ge-

mosregelt (?) worden sein usw. Hauptföhlich prahlte er mit seiner früheren Thätigkeit als Kassirer von Uelzen, wovon er lieber schweigen möchte, da dort resp. bei ihm Verschiedenes fand war. Hier in Chemnitz glaubte er die Sympathie der Kollegen mit einigen schön gedrechselten Phrasen im Sturme zu erobern; es wäre dies auch bis zu einem gewissen Grade gelungen, wenn ja, wenn hier nicht einige gewesen wären, denen der Name Stob nicht fremd war. Er gab an, sein Mitgliedsbuch in Stuttgart zu haben, überhaupt befand er sich in solcher Lage, daß er keine Unterstützung gebrauche. Auf sein inständiges Erluchen wurde ihm auch hier Arbeit verschafft. Jedoch sein ganzes Auftreten und Benehmen war hier nur dazu angehtan, die ganze Arbeiterbewegung, speziell die der Hellenhauer in schlechtes Licht zu stellen. Auch hat derselbe hier noch verschiedene Verpflichtungen gegen seine Kollegen nachzukommen. Es ergeht daher an alle Ortsverwaltungen, eventuell Kollegen des St. die Bitte, denselben bei seinem Aufsuchen an seine Pflichten zu erinnern. Erklärungen können bei der Ortsverwaltung Uelzen, die des Dobes über St. voll ist, und bei Unterzeichnetem eingezogen werden. St. hat, wie sich auf meine Erklärungen ergab, seit Mitte Januar d. J. keine Beiträge entrichtet, also jegliche Ansprüche an den Verband verloren. — Es wird noch mal in Erinnerung gebracht, daß das Umschauen für Chemnitz und Umgegend streng verboten ist. Zu widerhandelnden wird unachärmlich das Ortsgeschenk entzogen. (Ist bereits in zwei Fällen geschehen.) Das Ortsgeschenk ist eine Extraunterstützung, welche von den hiesigen Kollegen geleistet wird, daßselbe erhalten nur Organisierte, auch solche, welche im Verband noch nicht bezugsberechtigt sind. Auch ist das Aussuchen des Bevollmächtigten in seiner Arbeitsstätte nicht erwünscht; die Gehaltsauszahlung etc. erfolgt in der Wohnung derselben.

Mit kollegialem Gruß im Namen der Hellenhauer von Chemnitz:

A. Hirth, Bonifacijstr. 16, II.

Ludwigshafen a. Rh., 17. Dezember. Achtung! Den sämmtlichen Hellenhauern (16) bei Kerner u. Siegwardt wurde gestern gekündigt, weil sie eine Lohnrebuktion von 12 Prozent sich nicht gefallen ließen. Halte den Zugang fern! Bericht folgt.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung.

In der verflossenen Woche gelangte ein Circular an die Verwaltungsstellen, Vertrauensmänner und Bevollmächtigten sowie Feststellung der Stärke, in der die Mitglieder sich auf die einzelnen Berufe verteilen, zum Verstandt, und ersuchen wir Diejenigen, die das Circular bis jetzt noch nicht erhalten haben, umgehend zu reklamieren.

\* \* \*

Wir ersuchen sodann die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten in Sachen etc., der Jahres-Hauptrechnung wegen Ihre Abrechnung vom letzten Quartal 1894 möglichst früh einzufinden, damit die Veröffentlichung der Hauptabrechnung der im nächsten Jahre stattfindenden Generalversammlung wegen schon im 1. Quartal veröffentlicht werden kann. Ebenso bitten wir alle Gelder, die noch in diesem Jahre als eingefangen verrechnet werden sollen, spätestens am 29. Dezember d. J. auf die Post zu geben, damit sie am Jahresabschluß spätestens in Händen des Hauptkassenrates sind.

\* \* \*

Da jetzt wieder die Neuwahlen für die Ortsverwaltungen stattfinden (§ 14 Abs. 2 des Statuts), bitten wir, uns die Adressen der Neugewählten sozeitig mitzuteilen, daß wir sie noch in das Adressenverzeichnis pro Januar 1895 aufnehmen können. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß die neu gewählte Ortsverwaltung erst am 1. Januar 1895 in Funktion tritt und daß die Auflistung der Abrechnung für das IV. Quartal 1894 noch Sache der bisherigen Ortsverwaltung ist.

\* \* \*

Bis zum 15. Dezember hatten nachstehende Verwaltungen, Vertrauensmänner resp. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 2. Quartal nicht eingefangen und ergeht an diese unter Hinweis auf § 14 Abs. 2 des Statuts das Eruchen, dies umgehend zu thun.

1. Verwaltungsstelle:

Brühl b. Köln a. Rh., Eßeln (Section der Klemmner), Herkelsb. Kalk, Lahr, Sommerfeld, Sorau R.-B.

2. Vertrauensmänner:

Lägerdorf, Trier.

3. Bevollmächtigte:

Hohenstein-Ernstthal, Leipzig-Süd.

\* \*

Abrechnungen des 3. Quartals stehen trotz Mahnung noch aus:

1. Verwaltungsstellen.

Alsfeld an der Leine, Uffenade, Bayreuth, Bieber bei Offenbach, Bromberg, Brühl b. Köln a. Rh., Esen i. W., Herendorf bei Düsseldorf, Erfurt, Erlangen, Esslingen, allgemein.

ii. Klemmner, Glückstadt, Hagen, Haupzover (Schmiede), Haynau, Helmstedt, Herford, Iserlohn, Kalk b. Köln a. Rh., Lahr, Leer, Lüneburg, Malchow i. Sc., Miltheim a. Muhr, Mühlhausen, Nienheim, Stegen, Sommerfeld, Sorau R.-B., Speyer, Suhl, Schleiden, Schüttorf-Dosß, Thorn, Uelzen.

2. Vertrauensmänner in uner.

Altwasser, Bernburg, Lägerdorf, Müslau und Ungegenb., Neuwied a. Rh., Sarstedt, Trier.

3. Bevollmächtigte.

Aue i. S., Hohenstein-Ernstthal, Leipzig (Süd), Methen, Steinmark t. Bsgl., Zwicksau.

\* \*

Ausgeschlossen werden noch § 8 Abs. 7 auf Antrag der Verwaltungsstellen:

Regensburg: Der Birnlecker Alois Heckensteller, geb. zu Roding am 21. Juni 1865, Buch Nr. 57701, wegen Veruntreuung der Verwaltung gehöriger Gelder.

Hof t. B.: Der Klemmner Otto Gehler, geb. zu Dresden am 30. April 1867, Buch Nr. 65558, wegen Unterschlagung von Verbands geldern.

\* \*

Der Schlosser Rudolf Ruttner, geb. zu Heilbronn am 25. März 1857, Buch Nr. 29688 ist, wie uns von Stavenburg gemeldet wird, mit Hinterlassung von Kloß- und Logis- schulden von dort verschwunden und warnen wir hierdurch vor demselben.

\* \*

Bon den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Walz- und Metallarbeiter von Gütersloh (Westfälische Waggonfabrik), Metalldrucker von Nürnberg (Schöbner, Metallwarenfabrik), Schüttorf-Dosß, Metallschläger von Altenburg (Mittelfeld), Tornier von Arns a. d. Mosel, Ansbach, Offenbach a. M. (Wlh. Freiberg & Co.), Dreher von Heidelberg (Moltke & Co.).

\* \*

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart,

Reckstrasse 160, I,

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerkern, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarke, Kongressprotolle, Delegiertensteuer oder Generalkommissonsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

### Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. K. 29, Hamburg).

Berlin II. Die Mitglieder der Filiale hielten am Montag, den 10. Dezember, eine außerordentliche Versammlung ab, um Stellung zu nehmen gegenüber der Anwendung des § 10 Abs. 6 unseres Statuts seitens des Hauptvorstandes in Hamburg. Nach einem sehr bestürzt aufgenommenen Vortrage des Herrn Dr. Kochmann über "Diphtherie und Fleißserum" erstattete der Bevollmächtigte Mr. Fahrenwald Bericht über die Sitzung sämtlicher Berliner Filialvorstände, die einen Protest gegen die Anwendung des § 10 Abs. 6 seitens des Hauptvorstandes angenommen hatte. Sämtliche Redner äußerten sich dahin, daß die Anwendung des Abs. 6 des § 10 nicht in so schroffer Weise stattfinden soll. Die anwesenden Delegirten der letzten Generalversammlung konstatirten wiederholst, daß dieser Absatz nur durch eine Überumpfung der Delegirten Aufnahme in das Statut gefunden habe. Von Seiten der rheinländischen Delegirten, die hauptsächlich zur Annahme dieses Absatzes beitrugen, wäre wohl die Erwagung dieser Maßregel nicht richtig erkannt worden; überhaupt stand die letzte vom Hauptvorstand beliebte Annahme des Absatzes (betroffend die Fortsetzung einer Krankheit) in krassem Widerspruch mit den Bestrebungen, unsere Kasse durch Ausführung neuer Mitglieder zu kräftigen. Durch solche Maßnahmen, wie Zusammenziehung ganz verschiedener Krankheiten, könne die Zukunft unserer Kasse nur geschädigt werden. Schließlich fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute, Montag, den 10. Dezember cr., im Märkischen Hofe versammelten Mitglieder der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. K. Nr. 29 Hamburg), Filiale 2, schließen sich voll und ganz dem von der kombinierten Vorstanderversammlung am 21. Oktober cr. gefassten Protest an, da durch die jetzige Handhabung des § 10 Abs. 6 seitens des Hauptvorstandes Mitglieder ungerechterweise in ihren Ansprüchen gejagdet werden. In Erwagung jedoch, daß dem Hauptvorstand auf der letzten Generalversammlung zu Schaffenburg dieser Ansatz genehmigt wurde, beschließen die Mitglieder der Filiale 2, zur nächsten Generalversammlung nur solchen Kandidaten der 3. Wahlabteilung ihre Stimme zu geben, welche

auf derselben energisch für Bekämpfung des Absatzes 6 des § 10, soweit er von Fortsetzung einer Krankheit handelt, eintreten.“

Köln. Die regelmäßige Versammlung der Ortsbeamten der 24. Wahlabteilung fand am Sonntag, den 21. November, in Nordenkirchen bei Köln statt. Der Vorsitzende P. Wefers eröffnete und ließ, da Kollege O. Becker (Gremfeld) entschuldigt war, für die heutige Versammlung einen Schriftführer wählen. Es wurde Kollege F. Schildgen (Köln-Nord) gewählt. Als 1. Punkt der Tagesordnung wurde der Bericht der Berliner Filiale in Nr. 45 der „D. Met.-Arb.-Bdg.“ verhandelt. Nach einer längeren Debatte, in der ein Theil der Kollegen für, ein anderer gegen die Haltung des Vorstandes gesprochen, wurde folgende Resolution des Kollegen Schallmüller angenommen: „Die heutige Versammlung der Ortsbeamten der 24. Wahlabteilung ersucht den Vorstand, zu den Beschuldigungen der Berliner Filiale Stellung zu nehmen und verlangt, daß ver selb sich stellte an den § 10 des Statuts hält.“ — Der 2. Punkt war „Stellung zu einem Bericht der Dresdener Filiale in Nr. 45“. Die Versammlung stimmte dem Dresdener Antrag betreffs des Flugblattes zu und erklärte sich mit den Dresdener Ausführungen einverstanden. Sodann kritisierte Kollege Wefers die Ausführungen des Vorstandes betreffend die Ausführung eines Nevers bei der Aufnahme neuer Mitglieder, wenn solche an einem Fehler leiden. Er glaubt, die Ortsbeamten müssen das Recht haben, einen Revers in solchen Fällen auszustellen, wenn selbige sich dieses Rechtes begeben, begeben sie eine Selbstkostirung. Dabei steht dem Vorstand immer noch zu, solche Aufnahmen zurückzuweisen. Nachdem noch verschiedene Redner zum Punkte „Verschleenes“ gesprochen, wurde beschlossen, die nächste Versammlung am 20. Januar in Köln-Nord abzuhalten.

### A u f r u f

an die Zahlstellen des P. M.-V. der Provinzen Sachsen und Westfalen.

Gemäß dem Beschlusse der vorjährigen Konferenz sieht sich die unterzeichnete Kommission verpflichtet, an die Zahlstellen die Anfrage zu richten, ob dieselben es für zweckmäßig erachten, vor der Generalversammlung eine Begeisterungsversammlung zu beschicken. Eine diesbezügliche Antwort und womöglich Anträge sollte man bis zum 15. Januar 1895 an unterzeichnete Kommission senden.

Mit kollegialem Gruß

Breslau, im Dezember 1894.

J. A. Oswald Gissel,

Sonneinstr. 7.III.

### Metallarbeiter Mecklenburgs!

Kollegen! Wie wohl allen bekannt sein wird, hat am 24. November d. J. in Güstrow eine Konferenz stattgefunden, in welcher besonders der Wunsch laut wurde, die Agitation fernerhin recht energisch zu betreiben. Da Rostock als Vorort bestimmt wurde, haben wir in unserer Versammlung am 1. Dezember eine Kommission gewählt, welche die von der Konferenz gewünschten Arbeiten zu leiten hat. Die Kommission besteht aus folgenden Kollegen: G. Hamel, A. Simond, H. Dilbel, W. Gielow.

Kollegen, laßt Euch dadurch, daß der Streik in Güstrow zu unseren Ungunsten ausgefallen ist, nicht einschüchtern. Wir fordern Euch auf, besonders aber die Kollegen der Städte wie Hagenow, Lübeck, Malchin, Lübs und Waren, Euch an die Kommission zu wenden, um von ihr Referaten erhalten zu können.

Mit kollegialem Gruß

Die Kommission. Briefe und sonstige Sendsungen sind an G. Hamel, Rostock, Bonifacijstr. 11, I zu richten.

### Vermischtes.

Das parlamentarische Programm der Trade-Union. Das Parlamentskomitee der Trade-Union Congress hält täglich eine Sitzung, in welcher die Ausführung der Beschlüsse des Norwischer Kongresses diskutirt wird. Auf Grund der Verhandlungsergebnisse richtete der neue Sekretär der Gewerbevereine, Mr. G. Wood, M. P., an die Kabinettsmitglieder auf die Resolutionen bezugnehmende Schreiben, wie auch an Lord Salisbury und Mr. Balfour. Balfour wurde Lord Rosebery erucht, eine Deputation zu empfangen, die für Blätter plaudiren will. Eine energische Stellung gegen das House of Lords in Angelegenheit der Haftpflichtbill nimmt das Komitee in den Schreiben an Rosebery, Harcourt, Salisbury und Balfour, die aufgefordert werden, für eine neuerliche Vorlage der Blätter Sorge zu tragen. Die übrigen den Minister an's Herz gelegten Forderungen der Trade-Union betreffen die Prüfung der Kesselinspektion vor deren Amtstzung, die Inspektion der öffentlichen Arbeiten, zu welchen

die Sanktion des Parlaments erforderlich ist, die Verbesserung der Leuch-Akt und Nichtleitersklärung der Vertragsabschlüsse außerhalb derselben, Vermehrung der Innenstellen aus Arbeiterkreisen, Verbot der Einwanderung subsistenzloser Ausländer und Fixierung der durch Explosionen verletzten Personen mit dem Minimum eines Wochenlohnes. Für den im Dezember stattfindenden American Labour Kongress wurden John Burns und David Holmes delegiert.

An die Vorstände der Zentralvereine. Bedingt durch einen im nächsten Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongress hatte die Generalkommission den Vorständen der Zentralvereine folgende Fragen zur Entscheidung vorgelegt:

1. Soll die Generalkommission am Schluss dieses Jahres einen eingehenden Bericht über ihre Tätigkeit geben?
2. Soll der Bericht in so viel Exemplaren hergestellt werden, daß jedes Mitglied der Gewerkschaften ein Exemplar erhält?
3. Wird mit dieser Berichterstattung ein Gewerkschaftskongress entbehrlich?

Dafür, daß am Jahresende ein eingehender Bericht seitens der Generalkommission gegeben werden soll, stimmen die Vorstände der nachstehenden Organisationen: Bäder, Barbiers, Bauarbeiter, Bergarbeiter (Westfalen), Bergarbeiter (Sachsen), Bildhauer, Brauer, Buchdrucker, Dachdecker, Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter, Formier, Formenstecher und Tapetendrucker, Gärtnerei, Glashandschuhmacher, Glaser, Gold- und Silberarbeiter, Hafnarbeiter, Holzarbeiter (Verband), Holzarbeiter (Hilfsarbeiter), Hutmacher, Konditoren, Korbmacher, Kürschner, Kupferschmiede, Lebendarbeiter, Lithographen und Steindrucker, Maler und Lackier, Maurer, Metallarbeiter, Müller, Plättlerinnen, Porzellanarbeiter, Sattler, Schiffsämmmerer, Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Seiler, Steinseher, Stukkaturen, Tabakarbeiter, Tapezierer, Textilarbeiter, Lederer, Vergolder, Zigarensortirer und Zimmerer. Der Vorstand des Verbandes der Buchbinderei hält die Berichterstattung zum Schluss dieses Jahres noch nicht für notwendig, während der Vorstand des Verbandes der Glassarbeiter keine besondere Berichterstattung, sondern für das nächste Jahr die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses verlangt.

Über die Frage 2 gingen die Meinungen weit auseinander. 27 Vorstände erklärten sich dafür, daß der Bericht in so viel Exemplaren hergestellt sei, daß jedes Mitglied der Gewerkschaften ein Exemplar erhalten könnte. Die anderen Vorstände halten zum Theil die Berichterstattung im "Correspondenzblatt" und der Fachpresse für ausreichend, oder wollen nur den Vorständen oder den Vertrauensleuten oder den einzelnen Verwaltungsbürokraten der Zweigvereine je ein Exemplar zustellen lassen. Diese Frage kann also gegenwärtig noch nicht als entschieden gelten. Wir werden nach Fertigstellung des Berichtes und nachdem der Kostenpunkt für die Fertigung einer Auflage von circa 225,000 Exemplaren wird festgestellt werden können, diese Frage noch einmal an die Vorstände der Zentralvereine richten.

Dafür, daß mit dieser Berichterstattung ein Gewerkschaftskongress entbehrlich sei, entschieden sich die Vorstände der folgenden Organisationen: Barbiers, Bauarbeiter, Bergarbeiter (Westfalen), Bergarbeiter (Sachsen), Bildhauer, Brauer, Buchdrucker, Dachdecker, Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter, Gärtnerei, Glashandschuhmacher, Holzarbeiter (Verband), Hafnarbeiter, Hutmacher, Konditoren, Korbmacher, Kürschner, Kupferschmiede, Lebendarbeiter, Lithographen und Steindrucker, Maler und Lackier, Maurer, Metallarbeiter, Müller, Plättlerinnen, Sattler, Schiffsämmmerer, Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Seiler, Steinseher, Stukkaturen, Tapezierer, Textilarbeiter, Lederer, Vergolder, Zigarensortirer und Zimmerer.

Für einen Kongress, trotz der Berichterstattung, entschieden sich die Vorstände der nachstehend genannten Organisationen: Dachdecker, Formenstecher und Tapetendrucker, Glasarbeiter, Glaser, Holzarbeiter (Hilfsarbeiter) und Tabakarbeiter. Die Vorstände der Verbände der Buchdrucker, Formier und Porzellanarbeiter wollen die Frage, ob im nächsten Jahr ein Kongress stattfinden soll, erst entscheiden, nachdem sie Kenntnis von dem Bericht genommen haben. Der Vorstand des Verbandes der Tapezierer wünscht das Statthalten eines Kongresses, wenn Änderungen in den Funktionen der Generalkommission vorgenommen werden sollen.

Der Vorstand des Verbandes der Böttcher hat uns trotz wiederholter Aufforderung bis heute keine Antwort auf unsere Fragen zu kommen lassen.

Die Mehrzahl der Vorstände hat demnach entschieden, daß ein Bericht der Generalkommission am Schluss des Jahres gegeben werden soll und das damit der für das nächste Jahr in Aussicht genommene Gewerkschaftskongress entbehrlich wird.

Der Bericht, welcher in der ersten Hälfte

des Januar erscheinen wird, soll nicht nur die Angaben über die Kasseneinrichtung der Generalkommission enthalten, sondern sich auf die ganzen Arbeiten derselben erstrecken. Es werden sich aus diesem Bericht von selbst eine Reihe Fragen ergeben, die seitens der Vorstände dann zu entscheiden sein würden. Sollte nach diesem Bericht eine Änderung in den Einrichtungen oder in der Tätigkeit der Generalkommission von einzelnen Vorständen für notwendig erachtet werden, und diese Änderungen bestätig sind, daß ein Gewerkschaftskongress sich als notwendig dafür erwies, so würde auf Antrag der betreffenden Vorstände auf's Neue eine Entscheidung bezüglich des Statthalts eines Kongresses notwendig sein. Nach den Beschlüssen des Halberstädter Gewerkschaftskongresses (Protokoll Seite 59) muß die Generalkommission einen Kongress einberufen, wenn zwei Drittel der Vorstände der Zentralvereine dieses beantragen. Die Generalkommission.

**Die Zahl der Reichsrentner.** Nach den im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellungen, welche auf den Angaben der Vorstände der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruhen, betrug am 1. Oktober 1894 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes erhobenen Ansprüche auf Beihilfe von Altersrente bei den 81 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 294,248. Von diesen wurden 282,820 Rentenansprüche anerkannt und 49,175 zurückgewiesen, 6808 blieben unerledigt, während die übrigen 6450 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 85,248, Ostpreußen 26,618, Brandenburg 22,248, Niedersachsen 19,868, Sachsen-Anhalt 16,869, Hannover 16,805, Bremen 14,946, Schleswig-Holstein 11,086, Westfalen 11,040, Westpreußen 10,865, Pommern 9616, Hessen-Nassau 8408, Berlin 884. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 29,187 Rentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 15,147, auf Württemberg 6428, Baden 6521, Großherzogthum Hessen 4545, beide Mecklenburg 6064, die Thüringischen Staaten 6295, Oldenburg 1048, Braunschweig 2046, Hansestädte 2155, Elsaß-Lothringen 8280, und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesamt 4841. Die Zahl der während desselben Zeitraumes erhobenen Ansprüche auf Invaliditätsrente betrug bei den 81 Versicherungsanstalten und bei den 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 180,120. Von diesen wurden 89,848 Rentenansprüche anerkannt und 27,405 zurückgewiesen, 6932 blieben unerledigt, während die übrigen 5092 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den geltend gemachten Ansprüchen entfallen auf Schlesien 18,047, Niedersachsen 10,547, Ostpreußen 9094, Brandenburg 7281, Hannover 6664, Sachsen-Anhalt 5998, Bremen 4978, Westfalen 4906, Pommern 4617, Westpreußen 4815, Hessen-Nassau 8039, Schleswig-Holstein 2105 und Berlin 2087. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 14,764 Ansprüche, auf das Königreich Sachsen 6095, auf Württemberg 3431, Baden 356, Großherzogthum Hessen 1658, beide Mecklenburg 1886, die Thüringischen Staaten 2886, Oldenburg 255, Braunschweig 906, Hansestädte 898, Elsaß-Lothringen 2428 und auf die 9 Kasseneinrichtungen insgesamt 9385. Unter den Personen, die in den Genuss der Invaliditätsrente traten, befanden sich 1987, die bereits vorher eine Altersrente bezogen.

**Über die Kosten des neuen Reichstagsgebäudes** bringt die "Freie Presse" folgende interessante Mitteilungen: Im Einzelnen erforderlichen: I. Die eigentlichen Baukosten (21 Millionen): für Fundamente und Kellergründung 16 852,000, Rohbau und Werksteinarbeiten 16 11,576,000, dekorative Arbeiten an der Glashäube 16 269,000, innerer Ausbau 16 6,825,500, Heizungs- und Lüftungsanlage 16 965,000, Kesselhaus 16 163,000, Wasserversorgung und Entwässerung 16 152,000, Lampen, Lichtgräben und Bürgersteige 16 498,000. II. Kosten der inneren Ausstattung (16 1,275,000): Möblierung 16 600,000, Beleuchtungsgegenstände 16 400,000, Teppiche, Vorhänge u.s.w. 16 275,000. III. Kosten der selbständigen Kunstwerke (16 312,000): Gruppe der Germania auf dem westlichen Mittelbau 16 95,000, Reiterfiguren neben dem östlichen Mittelbau 16 60,000, Gruppen über den Portalen der Seitenfronten 16 60,000, 4 Sphärenfiguren in der großen Wandelhalle 16 50,000, Deckenmalerei im Langsaal der Restaurierung 16 37,000, Freskenmalerei im Beleuchtungsseesaal 16 10,000. In Betreff der Möbel hieß es in den Erläuterungen zum Etat für 1892/93, daß die Einrichtungsgegenstände des jeweiligen Hauses, soweit sie sich noch brauchbar erwiesen, Verwendung finden müßten. Sie würden voraussichtlich ausreichen, um die Büros, den größeren Theil der Kommissionssitzungssäle im Obergeschoss und einen Theil des Zwischengeschosses auszustatten. Den Löwenanteil der für den inneren Ausbau veranschlagten 81/2 Millionen beanspruchte die nach der Hauptfront am

Königsplatz gelegene große Wandelhalle mit 16 1,020,000, wobei die Deckengemälde und freistehenden Figuren nicht in Ansatz gebracht sind. Die Ausstattung des großen Sitzungssaales ohne Gestühl und Wandgemälde erfordert 16 480,000, die Nord- und Südgangshalle 16 760,000, die Ost-Gangshalle 16 190,000, die 7 Haupttreppen 16 580,000, die Erfrischungsräume 16 220,000, ohne Ausmalung, Glasgemälde und Deckenreliefs, der Bibliothekssaal 16 300,000. Außerdem waren veranschlagt für Beleuchtungskörper 16 400,000. Da das Reichshaus eine Baustelle von rund 11,200 Quadratmeter bedeckt und (über der Kellerhöhe) 387,287 Kubikmeter umbauten Raum enthält, so stellt sich — wenn lediglich die eigentlichen Baukosten von 21,1 Millionen Mark berücksichtigt werden — 1 Quadratmeter auf rund 16 1884 und ein Kubikmeter auf 16 64,5. Zum Vergleich führt die "Deutsche Bauzeitung" an, daß die Kosten des Justizpalastes in Brüssel (700,241 Kubikmeter) auf 16 8,6 Millionen, der neuen Oper in Paris (402,940 Kubikmeter) auf 16 8,8 Millionen, des Wiener Rathauses (271,280 Kubikmeter) auf 16 24 Millionen und des Reichsrathsgebäudes in Wien (808,5000 Kubikmeter) auf 16 12,8 Millionen Mark sich stellen. An dem letzteren sind 10, an den drei anderen Werken 16, 14 und 12 Jahre gebaut worden.

### Litterarisches.

**Hest 20 des Volks-Zeitung**, herausgegeben von Emanuel Wurm, Berlin, Verlag von Wörlein u. Comp., Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende größere Artikel: Kalenderium (Jhd., Julian, römischer, gregorianischer Kalender), Campfer, Chemie (Geschichte und Theorien), Chemische Industrie (Voge der Arbeiter in der), Chile, China (Geographie, Bevölkerung, Industrie, Handel, Verfassung, Finanzen, Heer, Fleißspiele). — Alle 14 Tage erscheint ein Hest.

Das Volks-Zeitung kann durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 6879 a (9. Mochtag) im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 780 a (Nr. 25 des B. Bl.) eingetragen.

**Der Hochverrats-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Heyner vor dem Schwurgerichte zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872.** Mit einer Einleitung von W. Liebknecht, Berlin 1894. Verlag der Expedition des "Vorwärts". 15. u. 16. Lieferung. S. 678 bis 708. 8°. Preis 20.-. Die beiden letzten vorliegenden Heste enthalten den Schluss der berühmten ungehaltenen Vertheidigungrede Liebknecht's. Von den dann folgenden Altenstücken sind zu erwähnen die Darstellung, die Liebknecht veröffnet hat, und die eingehenden Erklärungen Bebel's und Heyner's über den Prozeß und das Prozeßverfahren. Hierauf folgt der Beginn des Anhangs, durch den sich die neue Ausgabe von der ersten Auflage unterscheidet. In der Einleitung zu denselben wird bemerkt: "Wischen dem ersten Erscheinen des Buches und der vorliegenden Neu-Auflage sind mehr als zwei Jahrzehnte verflossen; Seltungssatire, Flugblätter, Proschriften, die damals seitens der Anklagebehörden oder der Angeklagten für den Prozeß als Be- oder Entlastungsmaterial herangezogen worden, waren zu jener Zeit in den interessirten Kreisen noch so bekannt, daß man die wörtliche Wiedergabe für unnötig hielt; für heute trifft das aber nicht mehr zu. Es erscheint daher angebracht, die wichtigsten dieser Schriftenstücke in einem weiteren Umfang, als es bei der früheren Ausgabe nötig erschien, den heutigen Lesern des Buches wieder bekannt zu geben." — Schon das, was in dem 16. Hest aus dem Anhange mitgetheilt wird, zeigt, daß der selbe die Bedeutung des Hochverratsprozesses als Quellenwerk für die Geschichtsschreibung unserer Partei wesentlich erhöht. Wie wenigen sind z. B. heute noch die Aussätze von Marx über die soziale Revolution und der Bericht über den fünften Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg (5.—7. September 1868) zugänglich. Diese Proben aus dem Anhange lassen darauf schließen, daß die vier letzten Heste des Hochverrats-Prozesses zu den interessantesten des Werkes gehören werden.

**Protokoll über die Verhandlungen des Partikongresses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.** Abgehalten zu Frankfurt a. M. vom 21. bis 27. Oktober. Preis 25.-. Berlin 1894. Verlag des "Vorwärts". 190 S. gr. 8°. Von diesem für jeden Parteigenossen und für jeden ehrlichen Gegner unserer Partei, der dieselbe auf Grund ihrer eigenen Handlungen kennen lernen will, unentbehrlichen Werke ist soeben die revidirte zweite Auflage erschienen. Der außerordentlich billige Preis ermöglicht es auch den schlechtesten eingeschlossenen Parteigenossen, sich dieses wichtigen Werks anzuschaffen.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, S. V. W. Dieg's Verlag) ist soeben das 11. Hest des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Politischer

Rathenjammer. — Die Arbeiterpartei Belgien. Von Emil Vandervelde. (Schluß.) — Der dritte Band des "Kapital". Von Ed. Bernstein. — Der politische Arbeiter in seiner Heimat. — Literarische Mundschau. — Notizen: Die Stoffliste der Reichspostverwaltung. Die deutschen Handelskammern und die deutsche Arbeiterklasse. Die Kohlenindustrie Belgien. — Gentleton: Die Leute von Jungenhof. Ein Beitrag zur Volkskunde von Ludwig Schier.

Von der "Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterklasse (Stuttgart, S. V. W. Dieg's Verlag) ist uns soeben die Nr. 25 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: Nothwendige Förderung. — Sozialreformatorisches Fiduciary. — Zur Lage der Arbeiterschaft in Krefeld. — Gentleton: Weber-Familie. Von Emil Martin. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. Die "Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10,-, durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Bezugsliste für 1894 unter Nr. 2660) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postzettel 55,-; unter Sonderpreis 55,-. Abonnementpreis die zweigesetzte Zeitung 20,-.

**Der Sozialdemokrat**, Central-Blatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Bentzstraße 2). Die Nr. 48 vom 13. Februar hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Die Anklage wegen Majestätsbeleidigung gegen Liebknecht. — Die Illustrationsvorlage. — Kochmann Revolten braucht. — Die Lage der Arbeiterschaft in Westfalen. — Partei-Nachrichten. — Vermischtes. — Todtenliste. Zur Abschaffung der Arbeiterbefreiung in der Partei. — Die englischen Landarbeiter und die neue Landgemeinde-Ordnung. — Die Agrarfrage in England. — Aus Australien. — Handlungsgesellen-Bewegung in Deutschland. — Lola's "Mutter Erde". — Industrielles. — Agrarliches. — Arbeiterkrieg. Arbeiterlage. — Gewerkschaftliches. — Litterarisches.

Zur Berüfung von J. S. W. Dieg in Stuttgart sind von der "Geschichte des Sozialismus" wiederum vier Heste und zwei Hest 5—8 zur Ausgabe gelangt. Die Hesten gehören dem ersten Band: "Die Voraussetzung des modernen Sozialismus," redigirt von E. Bernstein und S. Kaufsky, an. Wir geben nachstehend ein kurzes Inhaltsverzeichnis. „Der Kommunismus im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation“ bildet den dritten Abschnitt, zu welchem zum Kapitel II die beiden Abhandlungen „Die Kaste“ sowie die „Internationale und der revolutionäre Geist“ gehören. Kapitel III: Der feierliche Kommunismus in Italien und Südtirol. 1. Arnold von Brescia. 2. Die Waldenser. 3. Die Apostelbrüder. 4. Die ökonomischen Wurzeln des Bauernkrieges. 5. Die Erhebung Volcino's. — Kapitel IV: Die Bekehrung der Beggararden. 1. Die Ausfälle der Beggaraden. 2. Zubrot der Pöper und der Papst. 3. Die katholische Reaktion unter Karl IV. — Kapitel V: Die Kollarden in England. 1. Die Welsche Bewegung. 2. Die Kollarden. 3. Der Bauernkrieg von 1381. — Kapitel VI: Die Taboriten. 1. Die große Kirchenpaltung. 2. Die sozialen Beziehungen Wöhlens vor dem Hussitenkriege. 3. Vergini der hussitischen Bewegung. 4. Die Kommunisten in Tabor. 6. Der Untergang Tabor. — Kapitel VII: Die böhmischen Brüder. — Kapitel VIII: Die deutsche Reformation und Thomas Müntzer. 1. Die deutsche Reformation. 2. Martin Luther. 3. Der sächsische Vergleich. 4. Die Schwärmerei von Wilsau. — Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung à 20.-. Preisehefte und ausführlicher Prospekt sind durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu erhalten.

### Belehrkasten.

**S. V. Arnswalde.** Die Adresse eines Schriftführers der Metallarbeiterkasse in Stuttgart ist uns unbekannt. Sie meinen wahrscheinlich den Schriftführer des Metallarbeiter-Verbandes. Dessen Adresse ist: A. Schilde, Stuttgart, Neckarstr. 160, 1.

**K. Rodurg.** Wir halten Ihre Einsendung über Briz jetzt für ungeeignet. **Tenglo w. Rüsselheim.** Die Aufnahme der Einsendungen würde uns in der Form zwangsläufig die schönsten Prozeße zuziehen. Aber auch die Thatjächen würden thils bestimmt bezeichnet und für jede einzelne einige zuverlässige Belege benannt werden. Man hätte sich besonders vor Uebertriebungen und Verallgemeinerungen. Wir ersuchen, die fiktiven Zustände zunächst in der dortigen Mitgliedsversammlung zur Sprache zu bringen, resp. sie auf die Tagesordnung einer Versammlung ziehen zu lassen.

**J. A. Stettin.** Aus Gründen der Ordnung und Disciplin ist es geboten, sich einem solchen Abschluß zu fügen. Wenn z. B. einem die Worte eines Verwaltungsratsgliedes z. B. nicht gefällt, so ist das ein

"swingender Grund". Derartige Abgrenzungen werden doch nur im Interesse der Organisation gemacht.

## Zur Beachtung.

Nr. 52 wird wegen der Weihnachtsfeiertage einen Tag später expediert. Anzeigen finden in diese Nummer nur Ausnahme, wenn sie Montag, den 24. Dezember Morgen in unseren Händen sind.

Für Nr. 1 sind alle Berichte, Anzeigen etc. bis Samstag, den 20. Dez. einzusenden.

**Die Redaktion u. Expedition der „D. M.-A.-Z.“**

## Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Altenburg.** Sonnabend, 22. Dezbr., Versammlung im „Gold Löwen“. T.O.: Erledigung der zur Generalversammlung gestellten Anträge. — Wir machen die Restanten nochmals darauf aufmerksam, daß wir uns am Schluß des 4. Quartals befinden. Am 1. Weihnachtsfeiertag theatralische Abendunterhaltung im „Waldschlößchen“. Anfang 7 Uhr.

**Augsburg.** Samstag, 22. Dezember, Generalversammlung. T.O.: Neuwahl der Ortsbeamten. Zahlung der Beiträge und Neuauflnahmen. Fragelästen und Verschiedenes. — Die restirenden Mitglieder machen wir auf ihre Pflichten aufmerksam.

**Brandenburg.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Ausgabe der Bibliotheksbücher jeden Versammlungsbabend und jeden zweiten Sonntag nach dem 15. jeden Monats und zwar von 11—12 Uhr, Vormittags erfolgt.

**Brieg.** Sonntag, 23. Dezbr., Nachm. 2 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal, Mühlbamm 4. T.O.: Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. Verschiedenes.

**Cannstatt.** Samstag, 22. Dez., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Rüssischen Hof“. T.O.: Einzahlung und Aufnahme. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß am 20. Dezember die Generalversammlung stattfindet. Der Abrechnung wegen werden die restirenden Mitglieder ersucht, vorher ihre Beiträge zu bezahlen.

**Cannstatt.** (Sektion der Formier.) Samstag, 22. Dezbr., Einzahlung bei J. Bäuerle, Rosenausr.

**Cresfeld.** Sonntag, 23. Dezbr., Vorm. 11 Uhr, bei Neber, Ostwall, Generalversammlung. T.O.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

**Dortmund.** (Alg.) Sonntag, 23. Dez., Abends 8 Uhr, bei Höhn, Körnerplatz, Mitglieder-Versammlung. T.O.: Geschäftliches. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

**Duisburg.** Unsere Mitgliederversammlungen sind von Samstag auf Sonntag verlegt, um einen besseren Besuch in unserem Lokale zu erzielen. — Die Generalversammlung findet am Sonntag, 23. Dezbr., Nachm. 4 Uhr, statt. Dasselbst Revision der Mitgliedsbücher. — Die Restanten machen wir auf § 3a aufmerksam. Die säumigen Mitglieder werden nunmehr bestimmt gestrichen. — Sonntag, 23. Dez., Nachm. 4 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Von da an während der Wintermonate alle 14 Tage Sonntags.

**Düsseldorf.** Am 1. Weihnachtsfeiertag von Nachm. 5 Uhr ab, im Saale der „Neuen Welt“, Weihnachtsvergnügen, bestehend in Verlobung, Kinderbelehrung und Ball. Eintritt für Mitglieder 20.-.

**Eisenach.** Sonnabend, 22. Dez., Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gasthof zum fröhlichen Mann“. Lagesordnung im Lokal.

**Elberfeld.** Sonnabend, 22. Dez., Abends 9 Uhr, Versammlung bei Obelode. Neuwahl der Ortsverwaltung. Jahresbericht. — Montag, 31. Dez., Abends 7 Uhr, im gleichen Lokal, Sylvesterfeier beider Sektionen, bestehend in Gesangs- und humoristischen Vorträgen, lebendigen Bildern und Tanzkränzen. Karten für Mitglieder à 20,-, bei den Vorständen und dem Vergnügungskomitee.

**Erfurt.** Mittwoch, 26. Dez., (2. Feiertag) von Nachm. 3 Uhr an, im Saale des „Kardinal“, Weihnachtsvergnügen bestehend in Christbaumbelehrung und Ball. Kollegen und Freunde sind hierzu freundlich eingeladen.

**Freiberg i. S.** Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher behufs Revision an den Bevollmächtigten abzugeben. — Am Montag, 31. Dezbr., Sylvesterfeier mit

musikalischer Unterhaltung in Fibach's Restaurant (1. Etage). Die Mitglieder nebst Angehörigen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen.

**Turtwangen.** Sonnabend, 29. Dez., Abends, halb 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gasthaus zum Tod“. T.O.: Einzahlung und Aufnahme. Vortrag eines Geistes, Wünsche und Anträge. — Die rückständigen Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge zu entrichten.

**Göppingen.** Samstag, 22. Dez., Abends 8 Uhr, Generalversammlung im Lokal „Dreikönig“ (oberes Zimmer). T.O.: Einzahlung, Aufnahme. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes. Revision der Bibliothek.

**Görlitz.** Sonnabend, 22. Dez., Abends, halb 9 Uhr, Bahnhofsvorstadt bei Hellmann, Langenstr. 48.

**Hameln.** Freitag, 28. Dezbr., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T.O.: Aufnahme. Beitragerhebung. Beschlusseinfassung über das Wintervergnügen. Verschiedenes. — Die Versammlung am 24. Dezember fällt aus.

**Heidelberg.** Sonnabend, 22. Dezbr., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Roten Löwen“, Steinstraße.

**Kaiserslautern.** (Alg.) Samstag, 22. Dez., Abends, halb 9 Uhr, im „Saalbau“, Generalversammlung. T.O.: Erheben der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht des Bevollmächtigten. Bericht des Kassiers. Bericht der Revisoren. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

**Karlsruhe-Mühlburg.** Samstag, 22. Dez., Abends, halb 9 Uhr, in der Restauration zur „Kaiser-Allee“ Versammlung mit Vortrag.

**Kiel.** (Sektion der Klempner.) Montag, 31. Dez., im oberen Saal der „Centralhallen“. Mitglieder-Versammlung. T.O.: Ist eine Reorganisation der Sektion notwendig? Lokalfrage. Wahl der Verwaltung. — Durch behördliche Maßnahmen die Versammlungen am Sonnabend nicht stattfinden können, haben wir uns veranlaßt gegeben, die Versammlung auf Montag zu versetzen.

**Luckenwalde.** Sonnabend, 29. Dezbr., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal der Wwe. Schütze, Beelitzerstr. 84.

— Die restirenden Kollegen werden an ihre Pflichten erinnert, widrigensfalls wir nach dem Statut verfahren. — **Markt Redwitz.** Sonntag, 23. Dez., Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T.O.: Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Neumühle.** Kiel. Samstag, 29. Dez., Mitglieder-Versammlung in Hörsel's Gasthof, Wellingdorf. T.O.: Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragserichtung.

Stellungnahme zur „Freien Volksblätter“. Fragestellungen und Verschiedenes. In dieser Versammlung müssen die Mitgliedsbücher durch Revision vorgelegt werden.

**Nürnberg.** (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 29. Dez., Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Saale des Herrn Herzog, Neutorstraße. Lagesordnung im Lokal. — Sonntag, den 30. Dezember, Vorm. 10 Uhr, komplizierte Versammlung. T.O.: Vortrag des Kollegen Großberger über: Arbeitsverträge und Arbeiterausschüsse. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen in beiden Fällen erforderlich.

**Nürnberg.** (Sektion der Schwiebe.) Sonntag, 30. Dez., Nachm. 3 Uhr, Generalversammlung im „Sommerthal“. T.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Gesamtverwaltung. Herbergswesen. Fragen. Verschiedenes.

**Nordhausen.** Montag, 31. Dez., Abends, halb 8 Uhr, im kleinen Saale zur „Stadt Berlin“, gemeinschaftliches Zusammensein mit künstlichen Vorträgen und Gesangsaufführungen. Zahlreiche Belehrung mit Angehörigen sehr erwünscht. Eingeführte Gäste haben Eintritt.

**Übergrüne.** Am 1. Weihnachtsfeiertag (25. Dez.) im Lokal des Hrn. Kochlämpfer Familienfeier. Beginn Nachm. 5 Uhr.

**Oberrad.** Sonntag, 23. Dez., Vorm. 10 Uhr, im „Gasthaus zum Taunus“, gemütliches Zusammensein.

**Oberursel.** Samstag, 29. Dez., im „Felsenleiter“, Mitglieder-Versammlung. T.O.: Vortrag: Weihnachtsbetrachtungen der Arbeiter. Referent: Genosse Gräß-Döckenheim. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.

**Oldenburg.** Sonnabend, 29. Dez., Mitglieder-Versammlung. T.O.: Aufnahme und Zahlung der Beiträge. Neuwahl der Ortsverwaltung. Gewerkschaftsbericht. Aufklärung über Arbeitsverhältnisse. Verschiedenes. Fragelästen.

**Peiting.** Sonnabend, 22. Dez., Abends 8 Uhr, im „Schülzenhaus“. Mitglieder-Versammlung. T.O.: Eingabe der rückständigen Beiträge. Da die Abrechnung über das 4. Quartal bevorsteht, haben alle Kollegen ihre Beiträge zu entrichten.

**Ratingen.** Sonntag, 23. Dez., Abends 6 Uhr, Mitglieder-Versammlung im

Lokale bei Herrn Hölschen, Hochstr. T.O.: Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes. — Am 1. Weihnachtsfeiertag, Abends 6 Uhr, Weihnachtsvergnügen mit Verlosung.

**Rixdorf.** Sonntag, 30. Dezbr., Vorm. 10 Uhr, Versammlung bei Kummer, Berlinstr. 186. T.O.: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Klees über: Die Ursache der wirtschaftlichen Krise und ihre Wirkung. Diskussion. Neuwahl der Gesamt-Ortsverwaltung. Abrechnung vom Vergnügen. Verschiedenes. Gäste willkommen.

**Selb.** Sonntag, 8. Jan., Vorm. 10 Uhr, Generalversammlung im Lokale des Herrn Hornet. Lagesordnung im Lokal.

**Stettin.** Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß vom 1. Januar 1895 an die Meldeunterstützung nicht mehr auf unserer Centralherberge ausbezahlt wird, sondern Winkels, Grenzstr. 22, bei Heinrichs. Die Centralherberge muß aber doch von jedem Bleisenden benutzt werden. — Die Wohnung unseres Bibliothekars, Paul Graben, befindet sich Wohlgerstraße 42, im Seitenflügel. Jeder abreisende Kollege hat sich eine Beschreibung über abgelieferte Bibliotheksstücke geben zu lassen, bevor er vom Bevollmächtigten die Abmeldung eingetragen bekommt.

**Stettin.** Am 8. Weihnachtsfeiertag, Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Dabroni, Bergstrasse, Kinderbelehrung. Verlosung und Tanz. Familienfeier à 75.-.

**Stuttgart.** (Sektion der Glaschner.) Samstag, 22. Dezember, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Hirsch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

**Triburg.** Samstag, 22. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Schwarzwaldbrauerei“. Mitglieder-Versammlung. T.O.: Einzahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Verwaltung. Fragelästen. Verschiedenes. — Die Restanten werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

**Velbert.** Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge bei Lessing: Sonntag von Vorm. 10—1/2 Uhr; bei Kuhlmann: Mittwoch von 1/2—10 Uhr.

**Witten.** Sonntag, 23. Dezbr., Nachm. 5 Uhr, beim Wirt Dahn, Herbedestraße 8, Versammlung. T.O.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Ortsverwaltung. Erledigung verschiedener Anträge. Geschäftsbericht des Vorstandes. Bericht des Bibliothekars. Verschiedenes.

**Wetzlar.** Sonnabend, 22. Dezbr., Abends 8 Uhr, bei Danielsohn, Generalversammlung. T.O.: Erhebung der Beiträge. Wahl der Ortsverwaltung.

**Wiesbaden.** Sonnabend, 22. Dezbr., Abends 8 Uhr, bei Klemm, Lagesordnung. T.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. — **Würzburg.** Sonnabend, 22. Dez., Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Röttig, Weihersstraße 1, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. T.O.: Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter und wie verbessert sie dieselbe? Diskussion. Verschiedenes.

**Grimmitschau.** Sonnabend, 22. Dez., Abends 9 Uhr, in der Centralherberge, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. T.O.: Wahl eines Bevollmächtigten. Verschiedenes. — **Wurzen.** Sonnabend, 22. Dez., Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung in „Stadt Wien“. T.O.: Vortrag über: Bürokratie und Bürokratismus. Referent: Herr Redakteur Höhre-Pekold. Debatte. Revisorenwahl. Wahl eines Bevollmächtigten. Kollegen, da die letzte Versammlung verboten wurde, ist das Erscheinen aller Metallarbeiter unbedingt notwendig.

**Wurzen.** Sonnabend, 22. Dez., Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung in „Stadt Wien“. T.O.: Vortrag über: Bürokratie und Bürokratismus. Referent: Herr Redakteur Höhre-Pekold. Debatte. Revisorenwahl. Wahl eines Bevollmächtigten. Kollegen, da die letzte Versammlung verboten wurde, ist das Erscheinen aller Metallarbeiter unbedingt notwendig.

**Georg König, Schlosser,** Bonn a. Rh., Nagelstraße 22.

Die Mitglieder: Max Kratzsch, Schlosser, Buch Nr. 42225, eingetreten in Bremen; Arthur Hausmann, Buch Nr. 76801; Karl Lattenhauer, Metallarbeiter, Buch Nr. 76818; August Mayer, Schlosser, B. Nr. 88728; Eugen Albrecht, Gürler, B. Nr. 88729; Karl Schell, Gorner, B. Nr. 99495, eingetreten in Wurzen, werden hierdurch aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, resp. ihre Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Es handelt sich um Fortführung einer Klagesache.

**Robert Müller, Bevollmächtigter,** Wurzen i. S., Jägerstr. 61.

**Achtung!** Alle Liegenlagen, welche über den Schlosser Paul Siebe, geb. am 9. Jan. 1872 zu Potsdam, zulegt auf dem „Bulau“ in Bredow bei Stettin beschäftigt, von wo er sich nach Kiel und dann nach Bremen gewendet. Auskunft geben können, werden gebeten, seine jetzige Adresse an die Redaktion dieser Zeitung einzusenden.

**Sofort** genügt ein tüchtiger Teilen-Schleifer bei hohem Akkord- oder Tagelohn und voller Beschäftigung.

**Nieler Feilensfabrik** von Jul. Buchholz, Kiel, Feldstraße 18.

**fahnen,** Schärpen, Bänder, Schleifen, Vereinsabzeichen.

z. für Arbeiter-, Sänger-, Turner-, Schuhmachervereine u.s.w. von billigster bis zu feinstcr Qualität in färb Gold und rosachärt Seide, nur Handarbeit in künstlerischer Ausführung empfiehlt die Fahnensticke von Frau M. Grillenberger, Nürnberg, Boizenstr. 12. Diese Referenden seit zehnjähriger Thätigkeit von zahlreichen befreundeten Vereinen in den versch. Theilen Deutschlands. Preiscountant gratis und franko. Bestellungen für die Frühjahrssaison, speziell für den 1. Mai, während der Wintermonate erbeten. Zweijährige Garantie.